Volkswille

Bezugspreis: Durch Boten oder durch die Post 1/3 monatl. freibleibend 1.20 Mk. bei Postbezug Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. — — Preis der Einzelnummer 10 Pfennig. — —

Organ der Sozialdemokratischen Partei

Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Arbeiter-Sportvereine

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Pfg., außerhalb 12 Pfg., für 1 mm Raumhöhe. Reklame für 1 mm Raumhöhe 50 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Zu berechnen nach dem amtlichen Berliner Dollar-Briefkurs des Vortages — — — Inseraten-Annahme bis 17 Uhr — — —

Nr. 48 | Hauptgeschäftsstelle und Verlag: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernsprecher Sammelnummer 258 41. | Gelsenkirchen-Buer, Mittwoch, den 26. Februar 1930 | Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33, Fernspr. Sammelnummer 258 41. Sprechstunde 17½—18½ Uhr | 12. Jahrg.

Mieterschutz und Bergmannssiedlung

Der Reichstag gegen die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, aber für Verbesserung der bestehenden Mieterschutzgesetze

Im Reichstag wurde am Dienstag die erste Beratung der zur Mieterschutzgesetzgebung vorliegenden Gesetzentwürfe und Anträge damit abgeschlossen, daß Vorlagen und Anträge dem Wohnungsausschuß überwiesen wurden.

In der Aussprache war von den Rednern aller Parteien mit Ausnahme der Wirtschaftspartei die Auffassung vertreten worden, daß

ein Abbau der Wohnungszwangswirtschaft erst möglich sei, wenn der jetzt noch nicht bestehende Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt erreicht sei.

Die Redner verschiedener Parteien kündigten an, daß sie den Ausschuß ersuchen würden, die bestehenden Gesetze nicht bloß zu verlängern, sondern auch auf der Grundlage der bisher gesammelten Erfahrungen zu verbessern.

Im Laufe der Debatte kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Reichsjustizminister von Guerard und dem Redner der WP. Dr. Jörissen. In Erwiderung auf Angriffe, die Dr. Jörissen am Montag in seiner Rede vorgebracht hatte, bezeichnete Minister von Guerard heute die Ausführungen des wirtschaftsparteilichen Vertreters als Demagogie.

Der Minister erklärt: Ich habe den Abgeordneten Dr. Jörissen gebeten, mir Einblick in das unkorrigierte Stenogramm seiner Rede zu gewähren. Er hat mir die Einsichtnahme verweigert (Hört, hört!) mit der Begründung, daß er sich nicht auf alles, was er gesagt haben möge, festnageln lasse. (Lebhaftes Hört, hört!) Die Vorwürfe des Abgeordneten Dr. Jörissen muß ich auf das Entschiedenste zurückweisen. Seine Ausführungen, die im übrigen nur ein Auszug aus seiner Schrift über die Wohnungszwangswirtschaft waren, standen in schroffem Gegensatz zu den ruhigen und sachlichen Darlegungen des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Steiniger.

Die Wohnungszwangswirtschaft muß auch nach meiner Ansicht beseitigt werden, sobald die Voraussetzungen für die Wiedereinführung der freien Wirtschaft gegeben sind. Jetzt liegen diese Voraussetzungen aber noch nicht vor. Es handelt sich um eine Notmaßnahme für eine Notzeit. Eine Aufhebung des Kündigungsschutzes würde führen zu einer erheblichen Verteuerung der Mieten, zu einer allgemeinen Senkung der Lebenshaltung der breiten Massen und damit zu wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen, die unser Volk jetzt nicht ertragen könnte.

Was zur Lockerung ohne Gefahr für die Allgemeinheit geschehen kann, das ist den Ländern überlassen. Die Auffassung, daß es nur der Beseitigung der Zwangswirtschaft bedürfte, um den Baumarkt zu beleben und ausreichende Wohnungen zu schaffen, kann ich nicht teilen. Ich hoffe, daß es dem Ausschuß gelingen wird, aus den vorliegenden Anträgen brauchbare Vorschläge herauszuarbeiten.

Nach kurzer Aussprache wurde weiter das Gesetz über Bergmannssiedlungen in zweiter und dritter Beratung endgültig angenommen.

Abg. Janicheck (Soz.)

führte dazu aus:

Die Bergmannssiedlung ist nicht aus dem besonderen Wohlwollen für die Bergarbeiter geschaffen worden, sondern der Not gehorchend. Der mächtig gesteigerte Kohlenbedarf konnte nur befriedigt werden, wenn eine starke Vermehrung der Belegschaft eintrat. Die Voraussetzung dafür aber war die Schaffung von Wohnungen. Es wurde deshalb ein Zuschlag von 6 Mark für jede Tonne Steinkohle oder Brikett, von 9 Mark für Koks eingeführt. Ohne das Kohlenwirtschaftsgesetz wäre die Preisbewegung der Kohle eine ganz andere gewesen. Die Unternehmer erklären, daß sie das Geld für die Bergmannssiedlungen hergegeben hätten, weil durch die Abgaben ihre Einnahmen vermindert werden. Die Arbeiter wieder erklären, da sie wegen der Kohlenabgabe ihre Lohnforderungen nicht durchsetzen könnten, wären die Kosten der Bergmannssiedlung von der Arbeiterschaft aufgebracht worden. Beiden Anschauungen wird dadurch einigermaßen Rechnung getragen, daß das Wohnrecht in den Bergmannssiedlungen von dem Verbleiben in bergbaulicher Tätigkeit abhängig gemacht wird. Die Bergbausiedlungen haben nicht den Charakter von Werkswohnungen. Allerdings versucht man, besonders in Mitteldeutschland, beim Wechsel der Arbeitsstätten, dem Arbeiter die Wohnung zu nehmen. In einigen Teilen des mitteldeutschen Bezirks hat man die Bergmannssiedlungen als Werkeigentum hergestellt und dadurch die Arbeiter benachteiligt und als besondere Kaste der anderen Bevölkerung gegenüber gestellt. Der Gesetzentwurf versucht, diese Schädigungen zu beseitigen. Leider ist es uns im Ausschuß nicht vollständig gelungen, das zu erreichen. Immerhin ist manche Sicherung durch unseren Hinweis auf Mißstände durchgesetzt worden.

Der Redner begründet dann noch einige Verbesserungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion. Gegen die Voraussetzung der fünfjährigen Beschäftigung im Bergbau als Bedingung der Ansiedlung haben auch die Kommunisten nichts eingewendet. Selbstverständlich darf das gesetzlich verbürgte Streikrecht nicht durch Siedlungsvorschriften beeinträchtigt werden, ebensowenig die Freigibigkeit im Bergbau. Im Ausschuß hat niemand diesen Forderungen widersprochen. Die Anträge der Kommunisten im Ausschuß lagen oft durchaus nicht im Interesse der Arbeiter So z. B. der Antrag, daß die Häuser bei 25 Prozent Anzahlung abgegeben werden sollen, während die heute schon bei 10 Prozent erworben werden können. Wir bitten um Annahme unserer Anträge, besonders der Sicherungen gegen Wohnungsverlust bei Stellenwechsel.

Damit schließt die Beratung Die Vorlage wird schließlich mit den sozialdemokratischen Verbesserungsanträgen gegen Wohnungsverlust bei Stellenwechsel in der dritten Beratung gegen die Stimme der Kommunisten verabschiedet.

Ablehnung bedeutet Kabinettskrise

Um das polnische Liquidationsabkommen

Berlin, 25. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Im Laufe des heutigen Tages war in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen den Reichsministern Moldenhauer, Wissell und Severing. Die letzten ungeklärten Fragen in bezug auf das Finanzprogramm und auf das polnische Liquidationsabkommen sollen jedoch erst am Mittwoch geklärt werden. Inzwischen ist man wenigstens insofern weitergekommen, daß heute die vereinigten Ausschüsse des Reichstages die Beratungen abgeschlossen haben. Für die Beschlußfassung im Plenum des Reichstages wird es evtl. richtig sein, daß die Reichsminister keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß eine Ablehnung des polnischen Liquidationsabkommens eine Kabinettskrise hervorrufen würde.**

Rücktritt des Kabinetts Chautemps

Paris, 25. Februar. (Drahtmeldung.) **Die Kammer hat die von der Regierung unter Stellung der Vertrauensfrage beantragte Priorität für die Tagesordnung Chautemps mit 292 gegen 277 Stimmen abgelehnt. Das Kabinett Chautemps ist daraufhin zurückgetreten.**

335 Millionen Arbeitslosenfehlbetrag

Berlin, 25. Februar. Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat in diesen Tagen seine Vorarbeiten für den Haushaltsplan 1930/31 der Reichsversicherungsanstalt abgeschlossen.

Der Entwurf des Vorstandes weist, laut „Voss. Zeitung", einen Fehlbetrag von 335 Millionen auf, für den nach den gesetzlichen Bestimmungen das Reich eintreten müsse. Die Höhe des Fehlbetrages wird sich auf etwa 230 Millionen vermindern, wenn die Befristung der im Vorjahr erfolgten Beitragserhöhung aufgehoben und bis zum Ende des Haushaltsjahres verlängert wird. Der Entwurf des Vorstandes soll in den nächsten Wochen dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt zugehen, doch ist zu erwarten, daß bis dahin die Vorlage auf Grund der Verhandlungen über die Deckung des Fehlbetrages der Reichsversicherungsanstalt nicht unbeträchtlich verändert sein wird.

3 Todesurteile in Rußland

als abschreckendes Beispiel für Beamte

Moskau, 25. Februar. (Eig. Drahtber.) **Das Gericht in Odessa beendete am Dienstag einen großen Prozeß gegen eine Anzahl landwirtschaftlicher Instrukteure, sogenannte Agronomen, die beschuldigt werden, den Aufbau der Kollektivwirtschaft in ihrem Gebiet gehemmt und die Fortexistenz der großbäuerlichen Kulakenbetriebe gefördert zu haben. Der Prozeß war dadurch entstanden, daß eine ins gleiche Gebiet entsandte kommunistische Agronomin aus Verzweiflung über die Schwierigkeiten, auf die sie gestoßen war, Selbstmord verübt hatte. Das Gericht verurteilte drei der Angeklagten zum Tode mit der ausdrücklichen Begründung, daß ein abschreckendes Beispiel für Beamte gegeben werden müßte, die unter der Maske politischer Neutralität ohne genügende Energie an der Umstellung der Landwirtschaft auf sozialistische Formen arbeiten.**

Jetzt eine Benzinsteuer?

Gerüchte und Tatsachen

Die Verzögerung der Beratung der Younggesetze und die Ungewißheit, die dadurch für die weiteren Verhandlungen des Reichstages entstanden ist, hat einen günstigen Nährboden für politische Gerüchte geschaffen. Aus dieser Ursache erklärt sich auch der verstärkte Ansturm, der jetzt von der Rechtspresse auf die Reichsregierung, insbesondere auf den Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer und auf die Regierungsparteien unternommen wird. Ohne selbst ein Ziel zu haben, möchte man doch die vorhandenen Schwierigkeiten vergrößern und vor allen Dingen eine Verständigung über die innerpolitischen Finanzfragen verhindern. Besonders deutlich kommt diese Absicht in der Berliner „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zum Ausdruck. Sie behauptet, daß zur Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung eine Anleihe bei dem englischen Bankhaus Schröder beabsichtigt gewesen sei, obwohl dem Reich durch den Youngplan bis zum 1. April 1931 die Aufnahme einer ausländischen Anleihe verboten ist.

Ebenso unrichtig wie diese Behauptung ist die Mitteilung, daß zwischen Zentrum und Sozialdemokraten Abreden getroffen worden seien mit dem Ziel, die Deutsche Volkspartei aus der Regierung herauszudrängen und eine Gewerkschaftsregierung zu erreichen. Wenn das schwerindustrielle Blatt ungeheuer erbost ist, daß die Sozialdemokratie zum Ausgleich des Etats, zur Vornahme der Schuldentilgung und zur Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung auch die Heranziehung der leistungsfähigen Schichten durch ein Notopfer verlangt, so ist das bei seiner bisherigen Stellung nicht erstaunlich. Wie wenig sachliche Gründe dabei eine Rolle spielen, zeigt die Bemerkung, daß das Notopfer eine „Mißwirtschaftsabgabe", eine „Notzuchtsteuer" sei. Ebenso unberechtigt aber sind die Mel-

dungen einiger Linksblätter, die innenpolitischen Verhandlungen machten langsame, aber doch unverkennbare Fortschritte und man sei auf dem Wege zur Einigung. Da in den letzten Tagen weder Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien noch innerhalb der Regierung über die Finanzfragen waren, so liegt diesen Meldungen bisher kein tatsächlicher Anlaß zu Grunde.

Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer ist erst am Dienstag von einer Reise zurückgekehrt, so daß man annehmen kann, daß er sich frühestens im Laufe dieses Tages endgültig darüber schlüssig gemacht haben wird, welche Vorschläge er zur Deckung des Fehlbetrages im Haushalt 1930 dem Reichskabinett unterbreiten wird. Eine Sitzung des Reichskabinetts ist für Donnerstag in Aussicht genommen. Im Mittelpunkt der Finanzsanierung müssen Vorschläge über die Arbeitslosenversicherung stehen. Die ursprüngliche Absicht Dr. Moldenhauers, die Fehlbeträge für die Arbeitslosenversicherung ganz oder zum größten Teil durch den Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn an die Sozialversicherung aufzubringen, ist auf erhebliche politische und sachliche Schwierigkeiten gestoßen. Es ist bereits jetzt sicher, daß nur der kleinere Teil von 250 Millionen Mark von der Sozialversicherung übernommen werden kann, wenn die angebahnte Einigung gelingt. Die Aufbringung des Restes durch die Selbstfinanzierung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ist ungangbar, so daß immer wieder der Gedanke des Notopfers als Ausweg erwogen wird. Daß die Sozialdemokratie eine Verständigung zwischen den Regierungsparteien ohne ein solches Notopfer nicht für möglich hält, ist von uns oft dargelegt worden.

Aber auch im Zentrum stehen große Teile auf den Standpunkt, daß die Lasten, die jetzt zur Deckung des Fehlbetrages des Reichsetats und zur Abdeckung der schwebenden Schulden aufgebracht werden müssen, auf alle Schichten der Bevölkerung zu verteilen sind. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat sich bei früherer Gelegenheit entschieden gegen derartige Absichten gewehrt. Er dachte lediglich an die Erhöhung von Verbrauchssteuern. Er sollte sich aber darüber klar sein, daß eine einseitige Aufbringung neuer Lasten nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial gefährlich ist. Will er eine wirkliche Gesundung der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaft und will er eine politische Verständigung, so wird er die dem Kabinett zu unterbreitenden Vorschläge auf diese Ziele abstellen müssen.

Inzwischen geht das Rätselraten über die evtl. Deckung der Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung in der bürgerlichen Presse weiter.

Das „Berliner Tageblatt" will aus guter Quelle erfahren haben, daß weder ein Notopfer noch eine Erhöhung der Einkommensteuer vom Reichsfinanzminister vorgeschlagen werden wird, sondern daß der Reichsfinanzminister, vielmehr jetzt an die Erhebung einer Benzinsteuer denkt. Gerüchtweise wird, wie das Blatt weiter meldet, von einem Betrag von 6 Pfennig pro Liter gesprochen. Man hat schon seit längerer Zeit Pläne erwogen, nach denen die Kraftfahrzeugsteuer ganz oder teilweise in eine Benzinsteuer umgewandelt werden soll, die in den Vereinigten Staaten als einzige Belastung des Kraftfahrzeugwesens in Geltung ist. Für Deutschland darf man sich, so meint das Blatt weiter, diese Form so vorstellen, daß die festen Steuersätze, die auf die einzelnen Wagen zu zahlen sind, erheblich herabgesetzt werden, während gleichzeitig eine neue Benzinsteuer eingeführt wird.

Noch keine Regierung

Die Deutsche Volkspartei für Schieck

Dresden, 25. Februar. (Drahtmeldung.) Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, der Wirtschaftspartei mitzuteilen, daß die Deutsche Volkspartei den von der Wirtschaftspartei zum Ministerpräsidenten vorgeschlagenen Präsidenten des Staatsrechnungshofes, Schieck, als eine geeignete Persönlichkeit ansieht und bereit ist, über diesen Vorschlag mit den übrigen beteiligten Fraktionen in Verhandlungen zu treten.

Harmlose Leute

Die Stahlhelmführer bei Hindenburg

Berlin, 26. Februar. (Drahtmeldung.) Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: Der Herr Reichspräsident empfing die Bundesführer des Stahlhelms, die ihm über die in letzter Zeit sich häufenden Ueberfälle der Linken auf Stahlhelmkameraden Vortrag hielten.

Landvolkführer Weschke bleibt in Haft

Berlin, 25. Febr. (Drahtmeldung.) In der Untersuchung gegen die Bombenattentäter hatte der Untersuchungsrichter Dr. Masur beschlossen, auch den Oberleutnant a. D. Weschke gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 10 000 Mark aus der Haft zu entlassen. Die Justizbehörde hat neuerdings angeordnet, daß der Staatsanwalt zu neuer Haftentlassung die Zustimmung nicht mehr erteilen soll. Die Anklagebehörde hat demgemäß ihre Zustimmung zur Haftentlassung Weschkes verweigert. Deshalb mußte die Strafkammer 3 des Landgerichts 1 Berlin über die Haftentlassung entscheiden. Entsprechend der Stellungnahme der Staatsanwaltschaft hat die Strafkammer jetzt die Haftentlassung Weschkes abgelehnt.

Politischer Einbruch in Leipzig

Berlin, 25. Februar. (Drahtmeldung.) In der Nacht zum heutigen Dienstag ist, nach einer Meldung der Börsenzeitung, in ein militärisches Gebäude in Leipzig eingebrochen worden. Die bis jetzt noch unbekannten Einbrecher haben eine Anzahl Waffen, darunter einige Maschinengewehre, erbeutet. Man nimmt an, daß es sich um einen politischen Einbruch handelt.

Sozialdemokratischer Vorstoß

Gegen die Stillegungen in der westdeutschen Industrie

Berlin, 25. Februar. (Drahtmeldung. Im preußischen Landtag haben die Abgeordneten Haas-Köln, Berten-Düsseldorf und die übrigen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion folgende große Anfrage eingebracht:

Die Rationalisierungsmaßnahmen der rheinisch-westfälischen Industrie haben in immer stärkerem Maße zur Verminderung von Arbeitskräften geführt. Besonders hart wird durch die hierdurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit die Bevölkerung der Stadt Düsseldorf in Mitleidenschaft gezogen. Im Jahre 1929 sind laut Mitteilungen des Gewerbeaufsichtsamtes in Düsseldorf 56 Betriebseinschränkungen und 112 Betriebsstillegungen erfolgt, wodurch rund 12 000 Arbeiter und 800 Angestellte ihre bisherige Arbeitsstelle verloren.

Im Jahre 1930 sind bisher noch dazu gekommen die Stillegung des Röhrenwerks von Rheinmetall und die Ankündigung der Stillegung der Waggonfabrik Düsseldorfer Eisenbahnbedarf, weitere 1200 Angestellte werden dadurch betroffen. Neuerdings gehen durch die Presse Mitteilungen, wonach in nächster Zeit mit großen Arbeiterentlassungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet infolge von Stillegungen und Betriebseinschränkungen zu rechnen ist. Offensichtlich sind bei diesen Stillegungen und Betriebseinschränkungen nicht nur Fragen der größeren Rentabilität und Verbesserung des Produktionsprozesses maßgebend, sondern vielmehr das Bestreben nach möglichst rasch durchgeführter Konzentration der Wirtschaft, die ohne Rücksicht auf das Schicksal ungezählter Arbeiterfamilien betrieben wird. Die dadurch geschwächte Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten wirkt sich natürlich in schädlicher Weise für die gesamte Wirtschaft aus.

Wir fragen das Staatsministerium, ob es bereit ist, auf Reichsregierung und Reichsgesetzgebung in der Richtung einzuwirken, daß bei der Organisation der Wirtschaft die Lebensinteressen der werktätigen Bevölkerung den kapitalistischen Machtbestrebungen vorangestellt werden und ob das Staatsministerium die Bezirksregierungen anweisen will, daß bei Genehmigungsgesuchen um Betriebsstillegungen, auf Betriebseinschränkungen und Einlegung von Feierschichten die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen nachdrücklichst mitzuwirken haben.

Ermittlungsverfahren gegen Krupp und Thyssen eröffnet



Fritz Thyssen,



Krupp v. Bohlen-Halbach,

die westdeutschen Schwerindustriellen gegen deren Firmen der Oberreichsanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats eröffnet hat. Während des Krieges sollen Thyssen und Krupp Kriegsmaterial über das neutrale Ausland den damaligen Feindmächten geliefert haben.

Verbrechen an den Bauarbeitern

Lohnkündigung zum 31. März

Berlin, 25. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes haben die Bauarbeiterlöhne zum 31. März gekündigt. Als Veranlassung dazu wird von ihnen die katastrophale Lage auf dem Baumarkt angegeben. Die Bauarbeiter sollen also jetzt zum dritten Male bluten. Im vorigen Jahre 26 Wochen keine Arbeit, im Winter deshalb keine Arbeitslosenunterstützung und im Frühjahr jetzt auch noch Lohnkürzung.

Mit dem Märchen von den Riesenlöhnen hat man den Bauarbeitern die halbe Arbeitslosenunterstützung geraubt und die Krisenunterstützung vorenthalten und mit dem gleichen Märchen will man jetzt die Lohnkürzung begründen.

Wohnungssperre in Berlin?

Der Preußische Landtag setzte die Aussprache zum Haushalt des Innenministeriums fort. Abg. Schwenk (K.) griff die Beratungsstelle an, die Auslandsanleihen für die Gemeinden verhindere, aber den Kirchen zu 170 Millionen verholfen habe. Abg. Falk (D.) erklärte sich mit dem Demonstrationsverbot einverstanden, forderte Hilfe für die Grenzgebiete und verteidigte die Kommunen gegen den Vorwurf der Verschwendung, wenn er auch wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden nur für monopolartige Betriebe wollte. Abg. Großke (W. P.) wünschte Drosselung der 75 Prozent der Gesamtausgaben umfassenden Personalkosten und bemängelt die Pumpwirtschaft der Gemeinden. Die Sanierung der Städte müsse durch Abstoßen entbehrlicher Liegenschaften erfolgen, die des Staates durch 10prozentige Kürzung aller Sachausgaben. Abg. Müller-Isernhagen (Chr.-Nat. Vp.) verlangte schleunigen Lastenausgleich für Schul- und Wegewesen und bezeichnete die Abweisung der Einsprüche gegen die kommunale Neugliederung im Westen vom Staatsgerichtshof als eine Beeinträchtigung der Selbstverwaltung.

Staatssekretär Abegg erweckte mit seiner Feststellung, daß keine nennenswerten Angriffe gegen die Geschäftsführung des Ministers gerichtet seien, lebhaften Widerspruch rechts. Er unterstrich die Notwendigkeit der Verwaltungsreform und kündigte an, daß in ein bis zwei Wochen der Staatsrat die ersten Gesetzentwürfe erhalten werde. Die Forderung auf Erhaltung des Besitzstandes der Landkreise würde Berücksichtigung finden. Die Finanznot der preußischen Städte beruhe nicht auf einem Versagen der Selbstverwaltung oder auf der Vermehrung der zwangsläufigen Ausgaben vor allem in der Wohlfahrtspflege. Abg. Kube (N.-S.) behauptete, der frühere Reichstagsabgeordnete des Zentrums Dr. Schulte habe seinerzeit zugesagt, sich bei einem Kriege der Kapp-Regierung nicht gegen diese Regierung zu stellen.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.) betonte, Kube sei kein gefährlicher Revolutionär, sondern nur ein begabter Lautsprecher. (Heiterkeit bei den Soz.) Für die Grenzgebiete im Osten und Westen forderten seine Freunde nach wie vor wirksame Staatshilfe. Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen bereite die Verständigung mit Polen vor, die notwendig sei, wenn der Osten nicht ganz verelenden solle.

Ein Regierungsvertreter führte in Beantwortung einiger Großen Anfragen aus, daß der Innenminister niemals erklärt habe, er oder die Sozialdemokraten wollten das Berufsbeamtentum grundsätzlich abbauen. Was die große Belastung Berlins mit Wohlfahrtsausgaben angehe, so werde geprüft, ob man nicht auf Grund des Wohnungsmangelgesetzes vorübergehend in geringem Maße den Zuzug nach Berlin sperren könnte. Eine Anfrage wegen der Notlage der Stadt Breslau wurde mit der Erklärung beantwortet, daß die Staatsregierung inzwischen Maßnahmen zugunsten Breslaus getroffen habe, daß aber eine dauernde Hilfe sich nur ermöglichen ließe, wenn man die Folgen der großen Arbeitslosigkeit von der Stadt abwenden könnte.

Weiterberatung Mittwoch.

Volkspartei gegen Frick

Weimar, 25. Febr. (Eig. Drahtber.) Der Landesfraktionsausschuß der Deutschen Volkspartei in Thüringen hat sich inzwischen, wenn auch reichlich spät, mit der Maßregelung des Studiendirektors Dr. Siefert durch den Putschisten Frick beschäftigt und seiner Auffassung zu dieser putschistischen Handlung in einer Entschließung niedergelegt, in der es u. a. heißt: „Der Aufruf der Hitlerjugend gegen den Youngplan, an dem sich der Bund der „Adler" und „Falken" beteiligte, enthält eine unerhörte Beschimpfung der Regierung, beseitigt jeden Zweifel an der gesetzlichen Zuständigkeit der Schulleiter, die Teilnahme an dieser Veranstaltung zu verbieten. Auch besteht aller Anlaß, die Jugendbünde für wahlunmündige Schüler zu verbieten. Der Landesfraktionsausschuß erwartet von der Fraktion der Deutschen Volkspartei parlamentarischen Schutz für Beamte, die treu ihrem Eid handeln." Siefert stürzte bekanntlich darüber, daß er sich weigerte, einer Forderung des Putschisten Frick zu entsprechen und das von ihm für die von ihm geleitete Schule ausgesprochene Verbot des Bundes „Adler" und „Falken" aufzuheben. Siefert darf zwar wieder in sein Amt zurückkehren. Die auf Veranlassung des Putschisten Frick erfolgte Aufhebung des Verbotes ist bisher jedoch noch nicht rückgängig gemacht worden.

Pessimismus in London

London, 25. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der in London herrschende Pessimismus über den weiteren Verlauf der Flottenkonferenz hat die englische Regierung zu der Verlautbarung veranlaßt, daß die Delegierten keinerlei Anlaß hätten, an dem schließlichen Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen den fünf Mächten zu zweifeln. Die Frage eines Dreimächteabkommens sei zwischen England, Amerika und Japan niemals aufgeworfen worden, würde aber auch von der britischen Regierung im Hinblick auf die Arbeiten in Genf keineswegs günstig beurteilt werden. Irgendwelche offiziellen Verhandlungen bezüglich eines politischen Paktes hätten zwischen den Mächten übrigens nicht stattgefunden.

Nr. 48. 12. Jahrg. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Mittwoch, den 26. Februar 1930.

STADT GELSENKIRCHEN-BUER

Ein Arbeitsplan der Oberpostdirektion Münster

Die Oberpostdirektion Münster ist sicherem Vernehmen nach ernstlich darauf bedacht, die Umstellung der Ortsfernsprechnetze auf den Selbstanschlußbetrieb auch künftig nach allen Möglichkeiten zu fördern. Das erfordert ganz erhebliche Mittel, und zwar sowohl für die Raumbeschaffung zur Unterbringung der umfangreichen technischen Einrichtungen, also der Ausführung von Neu- und Erweiterungsbauten, als auch der dafür notwendigen Beschaffung, Verlegung und Bereitung der Kabel und der Amtseinrichtungen.

Im gegenwärtigen Rechnungsjahr, also bis zum 1. April dieses Jahres, werden voraussichtlich noch fertiggestellt und in Betrieb genommen die kleinen Selbstanschlußämter in Mitte (bei Warendorf), in Rorel (Kreis Münster) und in Lippramsdorf. Im neuen Rechnungsjahr 1930-31 folgen dann die bereits im Bau begriffenen und meist schon weit der Fertigstellung entgegengeführten Selbstanschlußämter Buer (Westf.) — das später voraussichtlich Gelsenkirchen-Buer zu bezeichnen sein wird —, Horst (Emscher) — mithin Gelsenkirchen-Horst —, beide zum 1. Juli dieses Jahres, Beckum, Lengerich (Westf.) und Recklinghausen zum 31. Dezember dieses Jahres. Die weitere Durchführung des Bauprogramms unterliegt zur Zeit noch der ministeriellen Prüfung. Es ist nach der recht bedrückend erscheinenden gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage leider damit zu rechnen, daß die geplanten baulichen Maßnahmen noch erheblich eingeschränkt werden müssen.

Danach kann das Bauprogramm für das neue Rechnungsjahr auch noch nicht festgelegt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Deutsche Reichspost die Möglichkeiten wahrnimmt, den eingeschlagenen Weg zum Ziele, der Umstellung aller Handfernsprechämter auf Selbstanschluß, auch fernerhin einzuhalten. Jedoch muß von der allgemeinen Bekanntgabe der noch in diesem Zeitjahre und in weiterer Folge, nach 1930, umzubauenden Fernsprechvermittlungsstellen abgesehen werden, um in den beteiligten Kreisen nicht Hoffnungen zu erwecken, die schließlich nicht erfüllt werden können.

Mit Hochdruck werden die Bauarbeiten im neuen Postgebäude des Stadtteils Buer und in dem altbekannten, eigens erweiterten Postamt Horst-Emscher gefördert. Die Kabellegungsarbeiten sind so gut, wie beendet. Sie erstrecken sich bis Westerholt. Wenn die bisher in dem dortigen Postamt eigens angeschlossenen 150 Fernsprechteilnehmer, die bisher vom Fernsprechbezirk des Industriegebiets nur durch Fernvermittlung zu erreichen waren, kommen dann mit an das **neue Fernsprechamt Buer bzw. Gelsenkirchen-Buer.** Monatelang sind die Arbeiten für die innere Einrichtung bereits im Gange. Sie werden insgesamt auf etwa acht bis neun Monate Zeit von vornherein bemessen. Am 1. Juli dieses Jahres ist es so weit, daß beide Selbstanschlußämter, das neue in Buer und das umgebaute in Horst, zugleich eingeschaltet werden können. Es sind und werden auch schon die Schaltschränke in den Straßen aufgestellt. Wissenswert dazu ist, daß nicht etwa — jeder Schrank dient etwa 150 Anschlüssen — die gleiche Anzahl Doppelleitungen zwischen Amt und Schrank liegen. Es wird niemals der Fall sein, daß alle 150 Anschlüsse zugleich benutzt werden. Deshalb liegen nur etwa 75 Doppeladern. Die Schrankeinrichtung bewirkt dann bei starker Inanspruchnahme, daß der Ruf- und Sprechstrom von 60 Volt Stärke sich seine Leitung einfachst selbst „sucht". Das ist erprobt und funktioniert aufs beste.

Eine Lehre für beide Teile

Straßenbahn fährt einen Selbstfahrer mit einer beinamputierten Frau um

Am Montagabend gegen 20 Uhr hatte ein Straßenbahnwagen der Linie 2, in der Richtung nach dem Stadtteil Buer fahrend, soeben die Emschertalbahn gekreuzt, als die Fahrgäste auf ein schleifendes und streifendes Geräusch aufmerksam wurden. Einen Augenblick später hielt auch die Straßenbahn nach starkem Bremsen. Straßenbahnführer und Schaffner stiegen aus, um sich zu überzeugen, was geschehen sei.

Sie fanden auf dem Bürgersteig eine beinamputierte Frau sitzen, neben ihr lagen ihre beiden Krücken und etwas weiter hin der Hut. Ihr Wagen, ein Selbstfahrer älteren Modells, lag umgestürzt fast auf ihr. Die Fahrerin hatte sich wohl nach ihren Schilderungen in Fahrtrichtung der Straßenbahn auf der rechten Straßenseite dicht am Bürgersteig gehalten, doch war der Zwischenraum zwischen Bürgersteig und Straßenbahn eben nicht breit genug, und so war die unglückliche, völlig hilflose Frau in ihrem Selbstfahrer von hinten von der Straßenbahn angefahren worden. Der Griff und die beiden Eisenstangen, die dazu dienten, um den Wagen auch von einer zweiten Person schieben zu lassen, wurden dabei zertrümmert. Nur dem Umstande, daß der Wagen durch den Stoß auf den Bürgersteig geschleudert wurde, ist es zuzuschreiben, daß die Frau nicht unter die Räder des Motorwagens oder des Anhängers geriet und totgefahren wurde. Den Straßenbahnern gegenüber erklärte die Frau immer wieder, sie treffe keine Schuld, denn sie habe sich rechts gehalten. Sie behauptete weiter, der Straßenbahnführer hätte sie sehen und so rechtzeitig den Wagen zum Stehen bringen müssen, daß ihr ein Ausweichen noch möglich gewesen wäre. Für jemanden, der selbst als Fahrgast im Wagen saß, ist es natürlich kaum möglich, zu der Schuldfrage Stellung zu nehmen, aber eins steht fest, daß, wenn an der Rückseite des Selbstfahrers genau ein solch roter Leuchtknopf angebracht gewesen wäre, wie das für Fahrräder schon seit langem vorgeschrieben ist, dann hätte sich der Unfall vermeiden lassen, das mag die Lehre für die verunglückte Frau sein. Die Straßenbahnführer aber, die in der Richtung nach Buer mit ihren Wagen ziemlich nahe am Bürgersteig fahren müssen, weil die Gleise nun einmal so unglücklich liegen, sie mögen sich mehr als bisher gegenwärtig halten, daß der schmale Streifen, der die Gleise vom Bürgersteig trennt, unbedingt Gefahrenzone bedeutet.

Buer

Diverse Wünsche!

Die neue Siedlung an der Feldhauser Straße ist nun schon seit längerer Zeit bewohnt. Bedauerlicherweise hat sich die Stadtverwaltung noch nicht im geringsten um den Straßenbau gekümmert. Man erwähnt in Statistiken für Bautätigkeit immer mit Stolz diese Siedlung. Der Stolz verschwindet, wenn man einmal diesen trostlosen Straßenzustand einer Kritik unterzieht. Von Straßen darf man eigentlich nicht reden. Es wurde einfach an den Häuserreihen nach Beendigung der Bauarbeiten Lehm aufgeschüttet und die tiefsten Löcher und Rillen in der Straßenmitte umgeworfen. Bei Regen oder Tauwetter ist die Straße nicht passierbar. Man versinkt bis über die Knöchel im Lehm. Bei Dunkelheit ist dieser Zustand höchst gefährlich. Warum man mit der Straßenbeleuchtung spart ist unverständlich.

Durch die vielen Löcher und das Baumaterial, welches verstreut herumliegt, ist ein Hinstürzen unvermeidlich. Oft schon haben Passanten längelang in den Pfützen gelegen.

Es ist einfach unglaublich, daß man die Einwohnerschaft, die hier in 200 Wohnungen angesiedelt ist, in diesen Mißständen verharren lassen kann. Was in der bedeutend kleineren Bärenkampfsiedlung möglich war, in der heute noch zirka 60 Wohnungen leerstehen, müßte doch auch hier geschafft werden können. In der Bärenkampfsiedlung hat man noch vor dem Beziehen der Wohnungen die schönsten Bürgersteige angelegt und für modernste Straßenbeleuchtung gesorgt. Grüngürtel sind angelegt. Alles tip top, damit der einziehende Beamte alles in schönster Ordnung findet. Anders für die Proleten an der Feldhauser Straße! Hier sind die Wohnungen schon ein halbes Jahr bewohnt. Die teure Miete muß vorausbezahlt werden, aber Straßen und Bürgersteige sowie Beleuchtung sind Nebensächlichkeiten. Wenn man nur einige Karren Asche, die umsonst auf der Schachtanlage zu haben sind, auf den Straßen planierte, dann wäre dem Schlimmsten abgeholfen. Die Anwohner haben sich bis jetzt selbst geholfen, indem sie die Asche in die Pfützen streuten. Plötzlich erscheint die Polizei und verbietet das den Leuten bei Strafandrohung und macht darauf aufmerksam, daß an bestimmten Tagen die städtische Müllabfuhr den Müll abholt. Jetzt stehen die Müllgefäße vor den Türen. Ein Monstrum neben dem andern. Aber kein Müllwagen kommt. Man schüttet fortan den Müll über die Eimer. Es sind schon ansehnliche Hügel über dem Eimergrab gewachsen. Es werden immer größere daraus, denn die Wagen können unmöglich bei diesem Straßenzustand die Gefäße entleeren, da die Wagen im Lehm versacken. Vielleicht macht die Polizei konsequenterweise die Stadtverwaltung ebenfalls unter Strafandrohung auf diese Mißstände aufmerksam. Ansonsten werden unsere Nachfahren dereinst zu billigen Museumsschätzen kommen, wenn sie Gelüste daran fänden, die ergiebigen Hünengräber zu untersuchen.

Buerscher Gerichtstag

Am gestrigen Dienstag hatte sich der Einzelrichter wiederum mit einer Reihe von Straftaten zu befassen. Ausnahmsweise war der Andrang zu dem viel zu kleinen Zuhörerraum einmal nicht so stark wie an den Vortagen. Bei dieser Gelegenheit soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß es unangenehm empfunden wird, die Presse so notdürftig im gemeinsamen Raum mit den Zuhörern, worunter sich in den meisten Fällen Angehörige der Angeklagten befinden, unterzubringen. So sind die Berichterstatter, wie sich das schon in vielen Fällen ereignet hat, den Belästigungen einzelner am Termin interessierter Leute ausgesetzt. Dazu kommt noch, daß zuweilen der Justizwachtmeister auch am Schluß einer Verhandlung die Tür nicht öffnet, so daß man gezwungen ist, sich der Laune des Wachtmeisters unterzuordnen.

Ein rabiater Radfahrer.

aus Horst machte gestern den Anfang vor dem Einzelrichter. Es war der Bergarbeiter T., der vor mehreren Wochen in angeheitertem Zustande mit einem Fahrrad die Alleestraße ohne Licht befuhr. Der Angeklagte wurde von einem Polizeibeamten angehalten, hielt es aber nicht für nötig, dem Rufe Folge zu leisten. Etwas später stieg T. vom Rade herunter und stand vor einem Schaufenster, als es der Polizei gelang, ihn zur Rede zu stellen. Er gab schnoddrige Widerworte, wurde frech und ging, als man die Personalien von ihm forderte, dazu über, den Beamten tätlich anzugreifen. Er schlug auf den Beamten los, und zwar solange, bis er das Seitengewehr erblickte. Außerdem titulierte er seinen Gegner mit allerlei Schimpfworten. Der Angeklagte gab zu seiner Entschuldigung an, daß er stark angetrunken war und wollte nicht mehr viel von dem ganzen Vorfall wissen. Das Gericht erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung auf eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen und wegen Beleidigung eine Woche Haft. Bei Zahlung von 100 RM Buße soll dem Verurteilten eine Bewährungsfrist gegeben werden. In einem weiteren Falle hatte es der Angeklagte vorgezogen, seine Frau zur Anklagebank zu schicken. Der Richter war natürlich erstaunt und teilte der Frau mit, daß ihr Mann in Ordnungsstrafe genommen werden müßte, wenn er noch einmal der Vorladung keine Folge leiste.

Immer wieder Abzahlungsschwindel.

Zu den recht oft vorkommenden Straftaten gehört ohne Zweifel der beinahe zu einer chronischen Krankheit gewordene Abzahlungsschwindel, der auch den oftmals vorbestraften Arbeiter Peter Sch., von hier, auf die Anklagebank brachte. Sch. verdiente damals nur eine geringe Summe Geld, bestellte sich aber trotzdem eines Tages bei einer Breslauer Firma für 56 RM Kammgarnstoffe. Ausgemacht wurde zwischen dem Lieferanten und dem Käufer, den Betrag in vier Monatsraten zu zahlen, nicht mehr für nötig, die Zahlungen fortzusetzen. Er ging eines Tages sogar dazu über, den Stoff an einen Freund für billiges Geld zu verscheuern. Recht bald kam die Firma hinter diesen Schwindel und erstattete wegen Betruges Anzeige bei der Polizei. Dem Richter gegenüber erklärte der Angeklagte, daß er damals keine betrügerische Absicht gehabt hätte. Er will aus Not gehandelt haben, weil er damals angeblich brotlos wurde. Diese Ausreden erschienen dem Gericht in Anbetracht der erheblichen Vorstrafen nicht glaubwürdig, weshalb auf eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen und Zahlung der Kosten erkannt wurde.

Dem Fahrsteiger Mohr die Qualifikation entzogen!

Wegen Mißhandlung eines Grubensteigers

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Bergarbeiter von Grubenbeamten im Bergwerksbetriebe mißhandelt worden sind. Auf die wiederholten Klagen darüber hat der preußische Minister für Handel und Gewerbe eine Verfügung erlassen, wonach die Bergrevierbeamten streng angewiesen worden sind, solchen Fällen nicht nur nachzugehen, sondern sie der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung zu unterbreiten und nach Lage der Sache auch zur Entziehung der Qualifikation zu schreiten.

Der Fahrsteiger Mohr von der Gewerkschaft Ewald, Herten in Westfalen, hat den Steiger Richter so schwer mißhandelt, daß Richter sich nicht weniger als drei Monate in ärztlicher Behandlung befand. Wegen dieser brutalen Tat wurde Mohr vom Schöffengericht in Recklinghausen zu einer Geldstrafe in Höhe von nur 250 RM bestraft. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Otter (Bochum) an das Staatsministerium, ob in Anbetracht der Schwere des Tatbestandes der Fahrsteiger weiter als Vorgesetzter fungieren dürfe, erteilte der preußische Minister für Handel und Gewerbe folgende Antwort:

Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 1065 des Abgeordneten Otter (Bochum).

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe.
I 596 Hm.

Berlin, den 21. Februar 1930.

An
den Herrn Präsidenten des Landtags.

Ueber die Mißhandlung des Steigers Richter durch den Fahrsteiger Mohr von der Zeche Ewald Fortsetzung.

Der zuständige Bergrevierbeamte hat die Anzeige gegen den Fahrsteiger Mohr wegen Mißhandlung an die zuständige Staatsanwaltschaft weitergeleitet und außerdem dem Genannten die Befähigung als Fahrsteiger aberkannt. In Zukunft wird in ähnlichen Fällen entsprechend verfahren werden.

Schreiber.

Die Unternehmerzeitschrift „Die Bergfreiheit" hatte sich in mehreren längeren Aufsätzen zu der Angelegenheit des Fahrsteigers Mohr geäußert. Die Aeußerung ging dahin, die Tat des Fahrsteigers Mohr zu beschönigen und ihn in Schutz zu nehmen. Es blieb auch nicht ohne Angriffe gegen den Genossen Otter, der das Kind beim richtigen Namen genannt und die Anfrage an das Ministerium gerichtet hat. Daß „Die Bergfreiheit" den Fahrsteiger Mohr wegen dieser „Tat" so lebhaft in Schutz genommen hat, beweist, wes Geistes Kind diese Leute sind, und welchem System sie huldigen.

In einem Aufsatz hat „Die Bergfreiheit" etwa ein Dutzend Mal angefragt: Was gedenkt der Minister zu tun? Der Minister hat, wie obige Antwort besagt, zu gedenken geruht und das getan, **wie es sich in einem zivilisierten Staat und unter einem Kulturvolk gehört.** Er hat dem Fahrsteiger Mohr wegen Mißhandlung des Steigers Richter die Qualifikation entzogen. Dafür werden ihm die Bergarbeiter und die Grubensteiger Dank wissen. Ob sich die Unternehmerzeitschrift „Die Bergfreiheit" aufregt oder nicht, ist nebensächlich.

Obwohl dem Fahrsteiger Mohr und der Verwaltung der Gewerkschaft Ewald schon seit einiger Zeit die Qualifikationsentziehung bekannt war, tat Mohr bis in die letzten Tage Fahrsteigerdienst auf der Zeche Ewald, Schacht 3-4, in Resse. Man hatte ihn zwar von der Schachtanlage Ewald Fortsetzung in Erkenschwick heruntergenommen, aber nach einigen Tagen tauchte er auf Ewald 3-4 in Resse auf. Unter dem wirtschaftlichen Druck hatte die Betriebsleitung von Ewald 3-4 die Grubensteiger vor einigen Tagen durch Unterschrift bezeugen lassen, daß der Fahrsteiger Mohr ein „braver und tüchtiger" Vorgesetzter wäre. Der Zweck dieser Unterschriften war, die Maßnahmen der Bergbehörde zu durchkreuzen, um Mohr als Fahrsteiger weiterwirken zu lassen. Dieser Umstand kennzeichnet erneut das System im Königreich Ewald. Hoffentlich sorgt der zuständige Bergrevierbeamte dafür, daß der Minister nicht noch einmal gefragt werden muß, seit wann dem Fahrsteiger Mohr die Qualifikation entzogen wurde.



wird der „Volkswille" bevorzugt, überall wird der „Volkswille" verlangt! Wie jede gute Sache, empfiehlt man auch den „Volkswillen" seinen Freunden und Bekannten, empfiehlt ein Blatt, das getreues Spiegelbild des Lebens ist, das sich durch Reichhaltigkeit und Güte des Stoffes, durch die Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung auszeichnet!

Unsere Märzfeier

Der Parteivorstand ruft sämtliche Organisationen im Lande auf, den 16. März als Gedenktag an den Kopp-Putsch zu begehen.

Für Gelsenkirchen-Buer ist dieser Tag der 30. März, weil schon alle Vorbereitungen für den Tag getroffen sind.

Alle uns nahestehenden Organisationen wollen sich für den 30. März bereithalten.

Der Parteivorstand.

Ist das überhaupt Verkehrswerbung?

Sitzung des Horster Verkehrsvereins / Hilfslose Versammlungsleitung

In einem nicht in jahrelanger Entwicklung, sondern durch den Spruch des Gesetzgebers zusammengelegten Gemeinwesen, wie es heute die Stadt Gelsenkirchen-Buer darstellt, haben Einrichtungen unterbezirklichen Charakters, also auch Verkehrsvereine, in den ehemals selbständigen Gesamtgemeindebezirken ihre Berechtigung, wenn bei ihnen der Kirchturm und die Politik um ihn herum nicht Trumpf ist, wenn an ihrer Spitze eine Persönlichkeit steht, die eine Führernatur besitzt, und wenn wirklich produktive Arbeit ohne Ansehen der Person und ohne jeden Einschlag politischen oder gar parteipolitischen Charakters geleistet wird. Wenn man unter diesen Voraussetzungen sich die am Montagabend beim Wirt Hollmann an der Essener Straße abgehaltene Jahreshauptversammlung des Horster Verkehrsvereins ansieht, dann trifft nur die eine Voraussetzung zu, daß kirchturmspolitische Interessen im üblen Sinne nicht das A und O der Verhandlungen bildeten. Leider kann eine Existenzberechtigung bezüglich der beiden weiteren Voraussetzungen nicht anerkannt werden! Die Verhandlungsleitung und die Richtungweisung durch den Vorsitzenden, Rektor Alldiek, waren geradezu eine Katastrophe, von irgendeiner Zielklarheit konnte nicht die Rede sein, nachdem man in Horst nach der langen Untätigkeit des Verkehrsvereins von dieser Sitzung sich endlich einmal positive Leistungen versprochen hatte, und der Vorsitzende ließ die Zügel derart schleppen, daß man zeitweilig den Eindruck hatte, nicht einer parteipolitisch neutralen Verkehrsvereinstagung beizuwohnen, sondern glaubte, einer agitatorisch wildbewegten Versammlung der Wirtschaftspartei, in der die Anwürfe gegen die heutige Staatsform, das parlamentarische System und die demokratische Staatsverfassung nur so hagelten, ohne daß der Vorsitzende sich auch nur im geringsten veranlaßt sah, den neutralen Charakter der Organisation zu betonen. Diese Feststellung fällt bestimmt nicht leicht angesichts der unbestrittenen Verdienste, die Rektor Alldiek als Heimatforscher für sich verbuchen darf. Daß der anwesende, nur durch eine republikanische Mehrheit in der damaligen Stadtverordnetenversammlung gewählte frühere Horster Amtmann und jetzige Beigeordnete der Stadt Gelsenkirchen-Buer, Dr. Schumacher, der bei allen Angriffen gegen die Stadtverwaltung sofort auf dem Plane war, die geradezu schnoddrigen Auslassungen lokaler Größen der Wirtschaftspartei, die von der Mehrzahl der Anwesenden mit tosendem Beifall aufgenommen wurden, lächelnden Gesichts mit anhörte, gibt der ganzen unerfreulichen „Sitzung", die manchmal wirklich der karnevalistischen Ausschmückung des Tagungsraumes reichlich Rechnung trug, eine besonders charakteristische Note. Der Vorsitzende hätte wirklich besser daran getan, statt so emphatisch zu betonen, daß er angesichts der verschiedentlich in der Presse ob der absoluten Untätigkeit des Verkehrsvereins erschienenen Aufforderung, einer jüngeren und aktiveren Kraft Platz zu machen, gar nicht daran denke, von seinem Posten zurückzutreten, durch eine straffe Verhandlungsleitung zu beweisen, daß wirklich der rechte Mann am rechten Platze steht — der Verlauf des Abends und das wirre Durcheinander waren weder ein Ruhmesblatt für den Horster Verkehrsverein, noch für seinen Vorsitzenden. Man hätte wirklich gut daran getan, die führende Presse der Gesamtstadt Gelsenkirchen-Buer nicht aufzufordern, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

*

Das Positive der Sitzung ist verhältnismäßig kurz wiederzugeben: Der Vorsitzende, Rektor Alldiek, verlas den Geschäftsbericht, daß der Verein 89 Einzel- und 4 korporative Mitglieder zählt. An Stelle des verzogenen Syndikus des Innungsausschusses, Dr. Fries, ist dessen Nachfolger, Dr. Richstein, zum Geschäftsführer des Vereins bestimmt worden, wogegen sich keinerlei Widerspruch erhob. Der Geschäftsbericht betonte weiter eine Reihe von Bemühungen, schwebende Fragen weiterzutreiben, konnte aber in keinem Falle einen positiven Erfolg nachweisen. Der erstattete Kassenbericht ergab, daß zur Zeit bei rund 200 RM Jahresumsatz ein Kassenbestand von etwa 45 RM vorhanden ist. Ueber die Prüfung der Kassenführung wurde keinerlei Bericht erstattet, ebensowenig die Entlastung der Kassenführung beantragt und beschlossen. Ebensowenig wurde im Geschäftsbericht darüber Auskunft gegeben, inwiefern der geschäftsführende Vorstand in schwebenden Fragen tätig gewesen ist. Um so verwunderlicher ist es, daß die Aussprache über den Geschäftsbericht nur sehr schleppend in Gang kam. Man führte Klage darüber, daß das Hauszinssteueraufkommen aus Horst nur zum verschwindenden Teil zur Förderung von Horster Bauvorhaben verwendet worden sei. Die geringe Straßenbeleuchtung bildete den Gegenstand sehr lebhafter Kritik, worauf Beigeordneter Dr. Schumacher erklärte, der Stadtteil Horst könne noch sehr zufrieden sein angesichts der schroffen allgemeinen Sparmaßnahmen auf dem Gebiete des Beleuchtungswesens. Weiter spielte die seit anderthalb Jahrzehnten angestrebte

Straßenbahnverbindung Bottrop-Boy—Brauck—Horst

eine wesentliche Rolle bei den weiteren Verhandlungen, wobei allerdings die Auffassungen darüber, wer die Schuld an der Nichtvollendung der Bahn trage, stark auseinandergingen, und der frühere Gemeindevorsteher Buter die Bedingung stellte, daß die Presse von seiner Feststellung keine Notiz nehmen dürfe, daß die Bottroper Kaufmannschaft das Hauptwiderstandsmoment darstelle, weil sie fürchte, daß die Käuferschaft von Welheim nach Horst abgezogen werde, ein Moment, das von der Presse seit langem ins Feld geführt worden ist. Eine sehr gut klingende Anregung des Sanitätsrats Dr. Strunden, eine

Volkspark-Anlage beim Schloß Horst

zu schaffen, und zwar durch private Sammlungen, wobei der Anregeer der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Verwaltung von Schloß Horst keine unerschwingliche Pacht beanspruchen werde, fand in dieser Form verdiente Ablehnung, da man allgemein der Ansicht war, daß, wenn die Stadtverwaltung nicht in der Lage sei, für eine Grünanlage Mittel aufzuwenden, die Verwaltung von Schloß Horst bestimmt, weil sie für den Wirtschaftsbetrieb die Vorteile daraus zu ziehen in der Lage ist, diese Frage zu lösen hat. Bezeichnend war allerdings die Auslassung von Dr. med. Berg, der betonte, daß er nicht einsehen könne, welchen praktischen Zweck derartige Grünanlagen haben sollten, solange die Wohnungsfrage in Horst derart unzureichend gelöst sei!

Als ob das Stichwort abgewartet worden sei, bekam die weitere Auseinandersetzung den Charakter einer

Agitationsversammlung der Wirtschaftspartei.

Man tut vielleicht gut daran, sich zu merken, daß der Hausagrarier Büscher den Ton angab und in hemmungsloser Form glaubte, feststellen zu müssen, daß die heutige Staatsform die Möglichkeit geschaffen habe, daß die Nichtzahlenden beschlössen, was die Nichtbeschließenden bezahlen müssen. Es folgte prompt der Schrei nach einem anderen Wahlrecht und die angeblich aus eigener Anschauung stammende Feststellung, daß im Reichstag im Sitzungssaal 20 Abgeordnete „arbeiteten", während die anderen im Restaurant ihre 30 RM Tagegelder zu verzehren bemüht seien. Es sei doch entschieden besser, nur 200 Mann nach Berlin zu senden, „die genau soviel Unsinn anrichten könnten, als die heutige Zahl". Verschärft in die gleiche Kerbe schlug ein Schreinermeister van Suntum, der durch die Form seiner Ausführungen die Eignung zum Büttenredner überzeugend nachwies. Die beiden hoffnungsvollen „Sprecher" sollte man sich wirklich merken! Auf den verzapften Unsinn irgendwie einzugehen, wäre Raumvergeudung! Aber der „neutrale" Vorsitzende fühlte sich nicht im geringsten bewogen, diesen manchmal bösartigen und staatsfeindlichen Charakter tragenden Schimpfereien irgendwie einen Riegel vorzuschieben. Bestimmt nicht aus Bosheit heraus! Aber aus der Menge heraus pfiff jemand laut und deutlich die beliebte Melodie: „Auf dem Dache sitzt ein Greis . . ."

Nachdem der Vertreter einer Kunstbutterfirma unter dem Motto: „Kauft am Platze!" bittere Klage darüber geführt, daß man ihn bei der Belieferung von Horster Geschäften nicht genügend berücksichtige, befaßte man sich mit der Frage der Möglichkeit, das alte Horster

Wappen

für die Gesamtstadt einzuführen. Der Vorsitzende als alter Heraldiker betonte allerdings, daß man sich damit zufrieden geben müsse, wenn es gelinge, neben der Bverschen Freiheitslinde auch den Horster Löwen ins Warpen der Gesamtstadt hineinzubringen. Im übrigen bezeichnete er als Richtschnur für alle angeschnittenen Fragen: Langsam gehen und alles langsam in Ordnung bringen!

Das größtenteils schleppende und erst in dem Abschnitt, in dem die Politik die Hauptrolle spielte, lebhafte Tempo hatte schließlich zu einem mehr oder weniger guten Schluß geführt. Man war anscheinend herzlich zufrieden, als der Vorsitzende dieses feststellte, doch sollte der Abend nicht ohne eine besondere Ueberraschung verlaufen.

Nach Schluß der Tagesordnung hat der Vorsitzende der Notgemeinschaft des Horster Südens, Süptitz, noch ums Wort und kam auf die durch Rauch und Gas vergifteten Luftverhältnisse rund um die Nordstern'schächte herum zu sprechen. Als er dann davon sprach, daß die Vereinigten Stahlwerke dem Oberbergamt gegenüber zugesagt hätten, die brennende Halde in acht bis neun Monaten abzutragen, und heute gar nicht daran dächten, ihr Versprechen wahrzumachen, erregte er den Zorn eines Gewaltigen der Vereinigten Stahlwerke, des Bürodirektors Lambertz, der die büromäßige Verwaltung von Nordstern und Moltke leitet. Er fiel mit nicht gerade von besonderem Taktgefühl zeugenden Zwischenrufen über den Redner her, wobei Ausdrücke, wie „Lüge" und „Unverschämtheit" für ihn anscheinend als sachliche Kampfmomente galten. Die ganze Auseinandersetzung spitzte sich sehr stark persönlich zu, aber offensichtlich war das sachliche Recht auf der Seite des Vertreters der Notgemeinschaft, und die Art und Weise der Abwehr durch den Vertreter des Werkes war wenig geeignet, ihm und seinem Standpunkt besondere Sympathie zu erwerben.

Alles in allem ein Abend voll wenig sachlicher Arbeit und recht viel Unzulänglichkeiten. So macht man bestimmt keine Verkehrspolitik und keine Verkehrswerbung!

Sozialdemokratische Gemeindevertreter-Vereinigung des Unterbezirks Recklinghausen-Gelsenkirchen.

Die diesjährige Generalversammlung findet kommenden Sonntag, den 2. März, vormittags 9.30 Uhr, im Volkshause zu Recklinghausen, Herner Straße 39, statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht (Genosse Paul Rhode).
2. Vorstandswahl.
3. Die Zusammensetzung der Ausschüsse.
4. Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeitsämter für die Kommune." (Redner: Genosse Willi Todenhöfer.)
5. Aussprache.
6. Verschiedenes.

Stimmberechtigt sind sämtliche kommunalen Funktionäre, die ein Mandat bekommen haben. Gäste, die willkommen sind weisen sich bei der Türkontrolle durch ihr Parteimitgliedsbuch aus.

Zu zahlreichem Besuche der Generalversammlung wird hiermit eingeladen.

Der Vorstand: J. A.: Wilh. Pfeifenbring.

GELSENKIRCHEN-BUER

Ortsgruppe Rotthausen.

Heute abend 6.30 Uhr, im Lokal Müller, Hartmannstraße:

Wichtige Mitgliederversammlung,

zu der auch die Genossinnen erscheinen müssen.

Frauengruppe Horst 1 und 2.

Mittwoch, den 26. dieses Monats, nachmittags 4 Uhr, im Lokal Beckmann, Markenstraße:

Frauenversammlung.

Referentin: Genossin Limburger.

Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein mit Kaffeetrinken.

Um zahlreiches Erscheinen bittet: Der Vorstand.

ORTSAUSSCHUSS FÜR ARBEITERWOHLFAHRT GELSENKIRCHEN-BUER

Horst-Emscher

eröffnet am Montag, dem 3. März, seine Nähschule in der Hyppolitusschule. Die Nähstunden finden nachmittags von 4 bis 7 Uhr statt. Unter Leitung einer perfekten Schneiderin können sich hier Genossinnen und der Arbeiterwohlfahrt Nahestehende Kleidungsstücke jeder Art anfertigen oder ändern. Nähmaschinen stehen zur Verfügung. Alles Nähere ist dortselbst zu ersehen.

Für Buer

finden die Nähstunden vorläufig immer noch regelmäßig Montags, Mittwochs und Freitags, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, im Goldberghaus statt. Sollte eine anderweitige örtliche Regelung notwendig werden, so erfolgt rechtzeitig Benachrichtigung. Rege Beteiligung der Genossinnen und Interessierten ist erwünscht.

Die Nähschule Gelsenkirchen

im August-Bebel-Haus erbittet die Neuanmeldungen bei der Schulentlassung rechtzeitig. Der Unterricht findet täglich, außer Samstags, von 2 bis 6 Uhr statt. Schulgeld wird wöchentlich oder monatlich erhoben, je nach Vereinbarung.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Martinsabteilung, Gelsenkirchen.

Mittwoch abend 8 Uhr: Probe in der Lessingschule.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Das Volksreisebüro Bremen, Nordstraße 45,

gibt einen Prospekt „Drei Tage Bremen und Fahrt nach Helgoland" heraus, der für einen äußerst billigen Preis einen Aufenthalt an der Wasserkante ermöglicht.

Ferner beginnt das Büro am 16. März die erste der beliebten Riviera-Reisen, da zu dieser Zeit die Riviera schon in frühlingshafter Blüte prangt. Interessenten fordern den Reiseprospekt beim Volksreisebüro an.

Ein Tanzgastspiel

Wie wir hören, ist es der Leitung der Uhu-Lichtspiele in Gelsenkirchen gelungen, die berühmte Sängerin und Tänzerin der Pußta, Ivanah Atieh, für ein kurzes Gastspiel zu gewinnen. Hierzu schreibt man uns:

Ivanah Atieh, welche ab 28. Februar in den Uhu-Lichtspielen gastiert, ist eine südländische Schönheit, eine Frau mit Heißblut, voll Rasse und wildem Temperament, welche mit ihrer angeborenen phänomenalen und großen Kunst in ihren verschiedenen nationalen Gesangsszenen und Tänzen, wie z. B. als Ungarin, Zigeunerin, Czichoszigeunerin, aus der weiten, unendlichen ungarischen Tiefebene, genannt Pußta, sich in ihrem glutvollen, überschäumenden, wilden Temperament zeigen wird. — Sie singt und tanzt ihre Weisen in farbenprächtigen, reichen Nationalkostümen, und zwar russische, orientalische und südländische Lieder. Sie wirkt mit heißem Blut und feurigstem Temperament, ein echtes Rassewesen aus dem fernen Süden. Ein ganz hervorragender Ruf geht dieser Künstlerin voraus und wird alle bisher gezeigten Bühneneinlagen übertreffen. Spielend mit ihrer vollen, dunklen, sinnlich-warmen Mezzosopranstimme, die immer aus dem vollen schöpft, beherrscht sie ihr vielseitiges, interessantes Rasseprogramm. Der seltsame, fremdländische Rhythmus ihrer wilden Weisen und Tänze reißt alle Zuhörer in den Bann und zwingt sie zu begeistertem Beifall. Lange wird von dem Ereignis ihres Gastspiels gesprochen, und die wilde Tänzerin der Pußta bleibt lange in Erinnerung. Ivanah Atieh ist jene konkurrenzlose Künstlerin, deren sensationeller Unfall, als die Sängerin im Löwenkäfig des Zoologischen Gartens in Leipzig 1927 von einem Löwen angefallen und verwundet wurde, von allen Zeitungen des In- und Auslandes ausführlich besprochen wurde.

Geschäftliche Mitteilungen.

Andrang zu den Liliputanern.

Die Firma Alsberg teilt mit:

Da der Andrang zum Kartenverkauf für die Liliputaner-Revue sehr groß ist und sich täglich steigert, sieht sich die Firma Gebr. Alsberg gezwungen, Karten nur an Erwachsene und Kinder in Begleitung Erwachsener verkaufen zu lassen. Der Vorverkauf beginnt täglich früh 8.30 Uhr an der Sammelkasse.

34.-260. Preußisch-Süddeutsche Staatslotterie.
13. Ziehungstag der 5. Klasse (Hauptziehung).

In die Lotterie-Einnahmen von Gelsenkirchen-Buer fielen folgende Gewinne zu 150 RM (Einsatz gewinn):

21 496 34 541 38 016 62 559 112 782 114 223 114 258 114 288
114 385 164 214 188 818 188 827 188 842 205 616 205 715 205 868
213 422 223 086 224 602 240 283 240 677 240 811 292 851 292 854
308 887 324 845 348 163 350 486 358 781

Die höheren Gewinne werden den Spielern sofort durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Ersatzlose sind nur noch in geringem Umfange zu haben. Die gegenwärtige Ziehung dauert ununterbrochen 30 Tage, bis zum 14. März 1930.

---

150 Journalisten besuchen das Kölner Funkhaus

Der Westdeutsche Rundfunk hatte für Samstag, den 22. Februar, die gesamte rheinisch-westfälische Presse zu einer Besprechung über Fragen der funkischen Neugestaltung ins Kölner Funkhaus eingeladen.

150 Vertreter der Presse waren dieser Einladung gefolgt. Generalintendant a. D. Ernst Hardt, der Leiter des Westdeutschen Rundfunks, begrüßte die Erschienenen und betonte zunächst das erfreulich gute Verhältnis zwischen dem Westdeutschen Rundfunk und der Presse. Nach einer kurzen Darstellung über das allmähliche Werden des Westdeutschen Rundfunks, schilderte er die sich aus der allgemeinen technischen Vervollkommnung ergebenden Neuaufgaben des Rundfunks im Allgemeinen und des Westdeutschen Rundfunks im Besonderen. Er betonte, daß die in der Frühzeit des Deutschen Rundfunks errichteten Einzelsender, die doch nur bestimmte Gebiete versorgen können, energiestärkeren Gruppensendern Raum geben müssen, die nicht nur gegenüber dem Ausland von starker Wirkung sind, sondern auch innerhalb Deutschland gleichgeordnete Kulturkreise umfassen.

In vereinzelten Fällen werden sie zwar bestehen bleiben, jedoch auf eine Welle gebracht (Gleichwellensender). Das bedeutet für Westdeutschland einerseits die Konzentrierung auf den Langenberger Sender, dessen Sendeenergie bei sich ergebender Notwendigkeit evtl. verstärkt werden wird, andererseits die Umstellung der Zwischensender Köln, Aachen und Münster auf den Gleichwellenrundfunk.

Im weiteren Verfolg seiner Ausführungen gab Ernst Hardt praktische Beispiele aus der Rundfunkarbeit, die in etwa die technischen Entwicklungsmöglichkeiten funkischen Arbeitens andeuteten. So hörte man die Reproduktion verschiedener Funkprogramme, die bereits länger zurückliegen, die, auf Schallplatten aufgeschrieben, erneut vorgeführt wurden.

So hörte man einige Szenen aus Ernst Hardts Berliner Woyzek-Inszenierung, die Uebertragung der Beisetzungsfeierlichkeiten des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, sowie die Grundsteinlegung der Kölner Universität.

Die funkische Ausbeutung dieser technischen Möglichkeiten wird darin liegen, daß man Hörspiele, Konzerte usw. in besonderen Aufnahmeräumen auf Schallplatten bringt, und diese Schallplatten den Sendern zur beliebigen Verfügung stellen kann.

Nach der Vorführung eines technischen Filmes sowie einer eingehenden Besichtigung des Funkhauses vereinte ein zwanglos Zusammensein die Vertreter der Presse mit den Herren des Funkhauses zu ausführlicher Aussprache.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zinglers; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck: „Volkswille", Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zweck Rückporto beigefügt wird.

Betriebsräte-Konferenz der Hiberniaschächte

Stellungnahme zu den unhaltbaren Zuständen im Bergbau.

Am Dienstag, dem 18. Februar, tagte eine Konferenz der Betriebsräte (der technischen Angestellten und Arbeiter). Nach einer eingehenden Aussprache über die Zustände im Bergbau, namentlich auch auf den staatlichen Hiberniaschächten, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Nach den Tagen der Hochkonjunktur des Jahres 1929, und nachdem die Organisationen die Arbeitsordnung gekündigt und wieder Stellung zur Einführung der 7-Stunden-Schicht genommen haben, nachdem vielleicht durch neue Steuern und Zölle eine Lohnforderung gestellt werden soll oder kann, scheint es uns, als ob die Unternehmer schon Vorkehrungen treffen, um diesem allen entgegenzutreten. Schon erleben wir wieder, daß auf allen Schachtanlagen im Ruhrrevier, wie auch auf den Hiberniazechen wöchentlich mindestens eine Feierschicht wegen Mangels an Absatz eingelegt wird. Aber nicht genug damit, es folgen Entlassungen auf Entlassungen. Auf verschiedenen Zechen monatlich bis 50 Mann. Da nun die Bergwerksgesellschaft Hibernia kein Privatunternehmen ist, sondern sich in Händen des Staates befindet, so glauben wir bestimmt, das Recht zu haben, um von Regierungsseite bis hinauf zum Handelsminister Aufklärung verlangen zu können, ob die Absatzschwierigkeiten in Wirklichkeit so groß sind. Von den Mitgliedern des Reichskohlenrats, soweit sie aus dem Angestellten- oder Arbeiterstand hervorgegangen sind, können wir verlangen, daß sie uns über die Absatzfragen Auskunft geben. Man sollte annehmen, daß den Rationalisierungsmaßnahmen endlich einmal Halt geboten werden muß, denn, wenn man sparen will, soll man dort sparen, wo in Wirklichkeit gespart werden kann. Es ist uns klar, daß wir durch den verlorenen Krieg eine schwere Zeit durchmachen müssen. Es kann aber nicht verlangt werden, daß gerade nur der kleine Angestellte und der Arbeiter die ganzen Lasten allein zu tragen haben. Warum spart man nicht bei den oberen Beamten in Reich, Staat, Kommunen sowie auf sämtlichen Werken und Zechen? Bei den oberen Beamten werden dauernd neue eingestellt mit derartig hohen Gehältern, daß davon Dutzenden von armen Arbeitern Arbeit und Brot gegeben werden könnte. Die Betriebseinschränkungen können so nicht weitergehen, und hier ist es Zeit für unsere vertragschließenden Organisationen, jetzt endlich mit Hilfe der Regierung einzugreifen. Hier kann nur eine kürzere Arbeitszeit helfen, damit alle Arbeiter in die Produktion eingestellt werden. Wir sind nicht gewillt, den Organisationen vorzugreifen, müssen aber von ihnen verlangen, daß sie kein Mittel unversucht lassen, um diesem Uebelstand abzuhelfen, ehe die Wogen ihnen allen über dem Kopfe zusammenschlagen."

Beleidigungsklage Dr. Jarres gegen die Niederrheinische Arbeiterzeitung

In der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung" erschien im Dezember 1928 unter Bezugnahme auf die Vorstandswahlen des Rheinischen Provinziallandtages ein Artikel: „Die SPD. stimmt für Dr. Jarres". U. a. wurde darin ausgeführt, die KPD. lege Protest gegen die Wahl eines Mannes ein, der die Rheinlande 1923 an die Franzosen abtreten wollte. An anderer Stelle wurde im Zusammenhang damit der Ausdruck „landesverräterisch" gebraucht. Dieser Artikel, der nicht anderes sein sollte als eine politische Spitze gegen die SPD., wurde zum Anlaß eines Strafverfahrens wegen übler Nachrede, das der ehemalige Reichsminister Dr. Jarres und sieben Oberbürgermeister von Duisburg-Hamborn gegen den verantwortlichen Redakteur, den Schriftleiter Willi Riegel, anstrengte. Das Landgericht Duisburg-Hamborn verurteilte Riegel am 30. 10. 1929 zu sechs Wochen Gefängnis. Die von dem Angeklagten beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde jetzt als unbegründet verworfen.

Verlängerung des Grundvermögenssteuergesetzes

Das Preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Grundvermögenssteuergesetzes vom 14. Februar 1923 und des Gesetzes vom 28. Februar 1924 in der Fassung der Verordnung vom 27. März 1929 mit der Bitte um gutachtliche Aeußerung zugehen lassen. Beide Gesetze sollen um ein Jahr verlängert werden. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Begründung entnimmt, läuft das Grundvermögenssteuergesetz mit dem 31. März dieses Jahres ab. Die völlige Neuregelung der Grundvermögenssteuer, die die Regierung bereits seit Jahren erstrebt, ist auch jetzt noch nicht möglich, weil mit dem ganzen Entwurf des Steuervereinheitlichungsgesetzes auch der des Grundsteuerrahmengesetzes vom Reichstage bisher nicht beraten und verabschiedet ist. Die Einführung der Einheitswerte als Besteuerungsgrundlage kann mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Mehrheit des Landtages bei der Beratung des Gesetzentwurfes im Anfang des Jahres 1929 auch jetzt nicht vorgeschlagen werden, weil eine Neufeststellung der Einheitswerte noch nicht stattgefunden hat. Die Regierung sieht sich deshalb gezwungen, nochmals eine Verlängerung des Grundvermögenssteuergesetzes in seiner geltenden Fassung um ein Jahr vorzuschlagen. — Mit dem Gesetz ist der Artikel 2 der Verordnung vom 27. März 1929, betreffend die Begrenzung der auf die landwirtschaftlichen Grundstücke entfallenden Grundsteuer, in seiner Geltung zu verlängern.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 26. Febr. 11.20: Musikal. Schulfunk ● 13.05: Konzert ● 15: Unterhaltungsstunde für junge Mädchen ● 18: Marie Lb. von den Wanderbergen: Vom Wesen des Hausfrauenberufes ● 18.30: Die Mundart in der Volksschule (mit Unterrichtsbeispiel). ● 17.30: Konzert: Onslow: Trio — Granjon: Kreisler: Spanischer Tanz — Grainger-Kreisler: Molly am Strand — Spohr: Trio ● 18.30: Prof. Aschaffenburg: Alkoholismus und Geistesstörungen ● 19.15: Stunde des Arbeiters. Intendant Hardt: Vorlesung ● 19.40: Dr. Ordemann: Praktische Arbeitsmarktpolitik ● 20.10: Meister der Operette. Schallplatten ● 21: Leben in dieser Zeit. Lyrische Suite für Funk von E. Kästner. Musik von Edm. Nick ● Danach: Nachtmusik und Tanz.

Deutsche Welle (1635).

Deutsche Welle. Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.55: Wetter für den Landwirt ● 7: Gymnastik ● 12.25: Wetter für den Landwirt (So. 12.50.) ● 12.55: Mannheimer Zeit. ● 14: Berlin: Schallplatten ● 15.30: Wetter. Börse.

Deutsche Welle. Mittwoch: 26. Febr. 9: Landw.-Rat Dr. Feuerlinger: Die Fütterung der wachsenden Mastrinder. ● 9.30: J. Höxterhardy: Alltägliche Vorkommnisse im Spiegel des Humors. ● 10: Komische Szenen des 1. und 2. Aktes aus „Kabale und Liebe" von Schiller. ● 10.35: Mitteilungen des Reichsgesundheitsamtes. ● 14.45: Kindertheater: „Die lustigen Studenten". ● 15.45: Dr. v. Schwerin: Frauenschutz in der Landwirtschaft. ● 16: Graf Dunin Borkowski: Erziehung der Jugend für die Zukunft. ● 16.30: Hamburg: Konzert. ● 17.30: Celle-Oldenburg mit Beispielen. ● 17.55: Dr. Troll: Die Zukunft des Hausa-Volkes. ● 18.20: Dr. Herrmann: Das Königsgrab von Seddin. ● 18.40: Spanisch für Anfänger. ● 19.05: Dr. Dix: Afrika in der französischen Politik. ● 19.30: Beigeordneter Dr. Loeser: Stand der Verwaltungsreform in Reich und Ländern. ● 20: Plenarsaal des ehem. Herrenhauses: Verband deutscher Erzähler. ● 20.40: Unterhaltungsmusik. ● 21: Gedanken zur Zeit. Wie kann der Staat der Landwirtschaft helfen? Aussprache zwischen Reichsminister a. D. Dr. Schiele, Min.-Präs. a. D. Tantzen und Staatssekretär Dr. Krüger. ● 21.40: Unterhaltungsmusik. ● Anschl.: Zeit. Wetter. ● Danach: Tanzmusik.

Arbeiter-Sport

Fußballsport

Da die Resultate der 1. Mannschaften schon bekanntgegeben wurden, geben wir heute in kurzen Zügen die Resultate der 2. Mannschaften bekannt.

Die 2. Mannschaft der Hertener konnte auch in dem Treffen gegen Gladbeck-Zweckel Lorbeeren ernten. Mit 4:0 wurde Herten auf die Heimreise gesandt.

In dem Treffen Vorwärts Gelsenkirchen und Gladbeck-Rentfort trennten sich beide mit einem Remis (2:2).

Herpest-Dorstens zweite Garnitur schickte Halterns Mannschaft mit 3:0 heim.

Die Jugend der Dorstener war Haltern in punkto spielerisches Können gleichwertig. Nur durch einen Glückszufall konnte Dorsten das einzige Tor des Tages holen.

Bezirksnachrichten und sonstige Mitteilungen

Achtung, Spielleute des 13. Bezirks.

Am Sonntag, dem 2. März, vormittags um 9 Uhr, findet im Volkshaus Röhlinghausen unsere Bezirkslehrstunde mit anschließender Sitzung statt. Hierzu haben sämtliche Spielleute zu erscheinen. Da wir zum 2. Westdeutschen noch viel zu lernen haben, hoffe ich, daß alle pünktlich zur Stelle sind, haben wir doch vom 13. Bezirk die Hauptarbeit zu leisten!

Interessenten, die Lust haben, Spielmann bei uns zu werden, sind herzlichst willkommen!

Ernst Pietsch, Bezirksobmann.

13. Fußballbezirk.

Schiedsrichtervereinigung.

Sonntag, den 2. März, findet in Röhlinghausen unsere Abschlußprüfung der Schiedsrichter-Kursisten statt. Anfang der Prüfung vormittags um 11 Uhr. Die Vereine haben Sorge dafür zu tragen, ihre Schiedsrichter dorthin zu entsenden. Die Genossen haben sich mit Sportkleidung zu versehen. Ferner findet nach der Prüfung ein Schiedsrichter-Belehrungsabend statt. Instruktion für die laufende Serie. Keiner darf fehlen! Umkleidelokal: Volkshaus, Röhlinghausen. Ebenfalls hat zu erscheinen der Schiedsrichterausschuß.

E. Sametinger, Schiedsrichterobmann.

An die Vereinsleiter des 13. Fußballbezirks!

Die Vereine, die am 23. Februar noch nicht mit ihrem Inserat im Reinen waren, werden gebeten, das Inserat oder 3 RM an den Genossen Rauschner zu senden. Wenn die Vereine dieses nicht machen können, wird das Serienheft nicht pünktlich herausgehen. Die Vereine werden nun nochmals gebeten, da die Serie am 16. März beginnt, unverzüglich Inserat oder 3 RM als Unkosten für das Serienheft einzusenden, anderfalls die Vereine nicht in die Serie eingeteilt werden.

Bezirksmannschaft.

Für das am Sonntag, dem 9. März, stattfindende Auswahlspiel der Bezirksmannschaft besteht für die Wanner Gruppe, also Gruppe 3, Spielverbot. Alle Vereinstechniker werden gebeten, zu diesem Spiel ihre Techniker zu entsenden.

August Rauschner, Bezirkstechniker.

Spielangebote

Röhlinghausen.

sucht, da für Sonntag, den 2. März, Gegner abgesagt hat, einen Gegner auf eigenem Platz für die 1., 2. und Jugendmannschaft. Eilangebote an den Genossen G. Bonzia, Röhlinghausen, Eisenstraße 1.

Vorwärts Marl

sucht für Sonntag, den 2. März, Gegner auf eigenem Platz für zwei Mannschaften. Eilangebote an den Genossen B. Floßbach, Marl, Gartenstraße 10 b.

Titania Essel

sucht für Sonntag, den 2. März, Spiel auf eigenem Platz für zwei Mannschaften. Angebote an den Genossen August Naroska, Erkenschwick, Stimbergstraße 394.

Gladbeck-Zweckel

sucht für Sonntag, den 2. März, Spiel auf eigenem Platz für die 1., 2. und Jugendmannschaft. Angebote an Karl Kiparski, Gladbeck-Zweckel, Tunnelstraße 8.

Adressenänderungen.

Grün-Weiß, Eickel: Bernhard Weber, Wanne-Eickel 4, Holsterhauser Straße 191. Telephon 41469, Amt Wanne-Eickel.

Vorwärts, Recklinghausen: In geschäftlichen Angelegenheiten wende man sich an den 1. Vorsitzenden Gen. Willi Wilkop, Recklinghausen O. 6, Sigambrerstraße 3/5.

Schwarz-Weiß, Rapen. In geschäftlichen Angelegenheiten wende man sich an den 1. Vorsitzenden Wilhelm Nillus, Rapen-Erkenschwick, Bismarckstraße 6a. In Spielangelegenheiten wende man sich an den Genossen Alfred Hühnerlage, Rapen-Erkenschwick, Moltkestraße 26.

Vorwärts, Gelsenkirchen.

Freitag, den 28. Februar, abends um 7 Uhr, findet unsere Monatsversammlung statt. Vorstandssitzung eine halbe Stunde vorher. Da wichtige Punkte zu erledigen sind, ist pünktliches Erscheinen erwünscht! Der Vorstand.

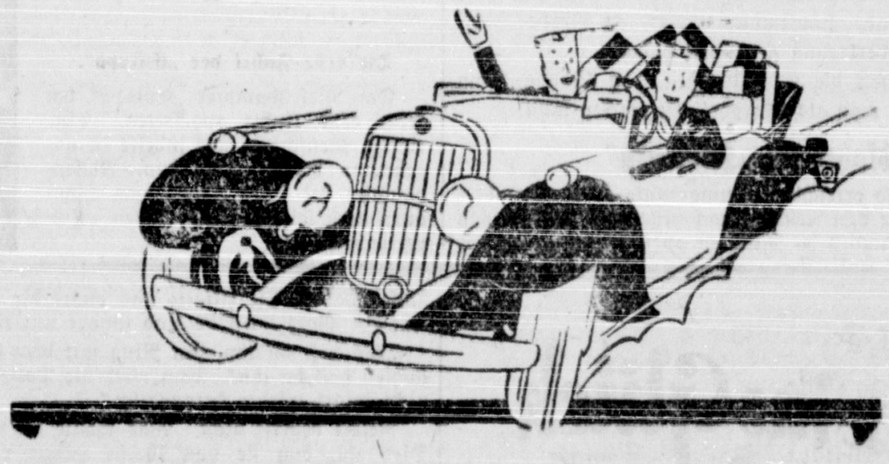
Arbeiter-Wassersport-Verein, Gladbeck.

Donnerstag, den 27. dieses Monats, findet im Vereinslokal Volkshaus „Gladbecker Hof", Hermannstraße, eine Monatsversammlung statt. Beginn abends 7.30 Uhr. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Freie Sportvereinigung, Gelsenkirchen.

Achtung, Spielleute!

Mittwoch, den 26. dieses Monats, abends 8 Uhr: Probe im Metallarbeiterheim. Der Techniker.



Was wir bringen,

ist das Richtige...

Frohe Mienen, wohin wir kommen. Die Zusammenarbeit von Eckstein-Halpaus hat den Betrieb vereinfacht, die Leistung gesteigert, die Mischung verbessert. Kein Wunder, dass die neue Ulmenried in der gelbroten Packung solchen Anklang findet! Frisch aus der Fabrik — schon geraucht! Das ist schon die richtige Zigarette!

ECKSTEIN-HALPAUS

ULMENRIED 5 Pf.

Leichenvergrabung auf Befehl?

Der Fall Libuda vor dem Reichsgericht.

Das Schwurgericht in Schneidemühl verurteilte am 11. Dezember 1929 die beiden Landwirte Baginski und Libuda wegen Mordes an dem Viehhändler Lasch aus Chemnitz zum Tode. Dieser im Osten Deutschlands vielbesprochene Mord-Prozeß ist deswegen besonders interessant, weil einer der Täter, nämlich Libuda, nachweislich bei dem Morde überhaupt nicht zugegen war. Sein Verteidiger hat jetzt bei dem Reichsgericht Revision eingelegt und zum Teil mit unbekanntem Material begründet.

Libuda ist ein junger verschuldeter Landwirt, dessen Wirtschaft im Mai 1929 zur Zwangsversteigerung kommen sollte. Der bis dahin nicht vorbestrafte junge Mann stand unter dem Einfluß seines Hypothekengläubigers Baginski, der mehrmals wegen Betruges vorbestraft ist und fünf weiterer Morde, darunter an seinen Schwiegereltern, verdächtigt wird.

Beide reisten unter falschem Namen nach Schneidemühl und ließen am 25. April 1929 den Chemnitzer Viehhändler Lasch dorthin nachkommen, angeblich um Viehverkäufe zu tätigen. Diesen Lasch hat dann Baginski in einem Wäldchen auf bestialische Weise umgebracht. Wenige Stunden später hat er Libuda an die Mordstelle geführt und ihm befohlen, die Leiche einzugraben. „Wenn du jetzt nicht zu mir hältst, kriegst du auch einen Schuß!" soll seine Drohung gewesen sein.

Das Gericht unterschiebt nun Libuda, gewußt zu haben, daß der Chemnitzer Händler ermordet werden sollte, während Libuda behauptet, daß er nur die Absicht des Betruges gehabt hätte, von Mordvorbereitung will er nichts gewußt haben.

Die Indizien für die Mordbeihilfe des Libuda sind u. a., daß er sich die Haare färben ließ und — alles auf Veranlassung des Baginski — einen Spaten besorgte, der an einer bestimmten Stelle hinterlegt wurde. Libuda gibt an, daß ihm Baginski gesagt habe, der Spaten werde zum Verladen des Schweins benötigt.

Das Schneidemühler Gericht hat auf Grund der eindrucksvollen Aussagen des Libuda die Tat rekonstruiert. Nur in dem einen entscheidenden Punkte, daß er von der Tat nichts gewußt habe, schenkt das Gericht ihm keinen Glauben.

Für alle verdächtigen Indizien gegen Libuda läßt sich jedoch eine Erklärung finden. Libuda wird von Sachverständigen als ein unklarer phantastischer Kopf dargestellt, der einer Suggestion leicht zugänglich, aber nicht fähig sei, einen Mord zu begehen. So ist es keinesfalls von der Hand zu weisen, daß Baginski tatsächlich Libuda unter Waffenandrohung gezwungen hat, die Leiche des Lasch zu begraben.

In der beim Reichsgericht jetzt ablaufenden Revisionsbegründung wird hervorgehoben, daß der Mitangeklagte Baginski auf dem Wege zum Polizeigefängnis zu Libuda geäußert haben soll: „Paul, du bist ja unschuldig, dir kann nichts passieren."

Ferner heißt es in der Revisionsbegründung, die Annahme einer Mittäterschaft sehe voraus, daß der Mittäter die Tat als seine eigene will — unabhängig von dem Willen des anderen. Bei Libuda aber hat das Schwurgericht in Schneidemühl in den Urteilsgründen festgestellt, daß er „dumm, zerfahren, geistig minderwertig, nach seiner geistigen und seelischen Veranlagung gar nicht dazu in der Lage sei, den tödlichen Schuß auf Lasch abzugeben." Mittäter aber sind immer nur wegen Mordes strafbar, wenn sie mit Ueberlegung gehandelt haben.

In der Tat ergeben die Ermittlungen, daß Libuda kaum etwas getan hat, was man als Mordbeihilfe werten kann.

Rekordfahrt der „Hamburg"

Am Sonntag abend erreichte der umgebaute Hapag-Dampfer „Hamburg" den Hafen von Neuyork nach einer Rekordfahrt von sieben Tagen drei Stunden 56 Minuten ab Cherbourg. Früher brauchte der gleiche Dampfer bei der Fahrt über den Ozean zwei Tage länger. Die Verkürzung der Reisezeit war möglich durch den Einbau stärkerer Turbinen, neuer Schrauben und neuer Kessel, die unter erhöhtem Atmosphärendruck arbeiten. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der Fahrt, an der 850 Passagiere teilnahmen, betrug 1834 Seemeilen, die höchste Tagesleistung 468 Knoten. Außerdem wurde während der Reise zum ersten Male Tonfilmunterhaltung auf See geboten.

Ein Unglück kommt selten allein

Doppelunglück bei der Eröffnung eines Flughafens — 12 Tote

Neuyork, 25. Febr. Nach einer Meldung aus Havanna ereignete sich am gestrigen Tage, an dem die Festlichkeiten zur Eröffnung des neuen kubanischen Lufthafens, der den Namen Machado-Flugfeld führt, stattfinden sollten, ein Doppelunglück. Zunächst stieß ein von dem Einweihungsgottesdienst zurückkehrender vollbesetzter Autobus mit einem elektrischen Zuge zusammen, wobei 10 Insassen des Automobils ihr Leben einbüßten. Sodann kamen zwei Flieger der kubanischen Luftstreitkräfte ums Leben, die über dem Flugfeld bei einem Schauffliegen zusammenstießen und mit ihren Flugzeugen in die Tiefe stürzten.

Mit dem U-Boot nach dem Nordpol

Der Südpolforscher Wilkins ist per Flugzeug von seiner Südpolarexpedition in Montevideo eingetroffen, wo ihm und den übrigen Mitgliedern der Expedition von den uruguayischen Behörden große Huldigungen dargebracht wurden. Wilkins reist nunmehr nach Europa, um die letzten Vorbereitungen zu seiner U-Bootfahrt nach dem Nordpol zu treffen.

Explosion in einem englischen Bergwerk

3 Tote — 7 Verletzte

London, 25. Febr. (Drahtm.) In einem Bergwerk bei Wath upon Dearne (Yorkshire) ereignete sich gestern abend eine Explosion, die einen Brand hervorrief. Mehrere Bergleute erlitten leichtere Verletzungen, einer mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Bei der Explosion in dem Kohlenbergwerk Wath upon Dearne in Yorkshire wurden drei Personen getötet und sieben verletzt. Drei der Verletzten haben schwere Brandwunden erlitten.

Drei Todesopfer bei einem Fabrikbrand

London, 25. Februar. (Drahtmeldung.) Beim Brand einer Hutfabrik in Luton in der Grafschaft Badford kamen drei Arbeiterinnen in den Flammen um.

Schießunglück auf einem belgischen Uebungsplatz

Paris, 24. Febr. (Drahtm.) Heute nachmittag explodierte bei einer Schießübung auf dem Artillerieübungsplatz Namur eine Granate. Ein Offizier und vier Soldaten wurden verwundet, einer der Soldaten schwer.

Vermißte Hochtouristen

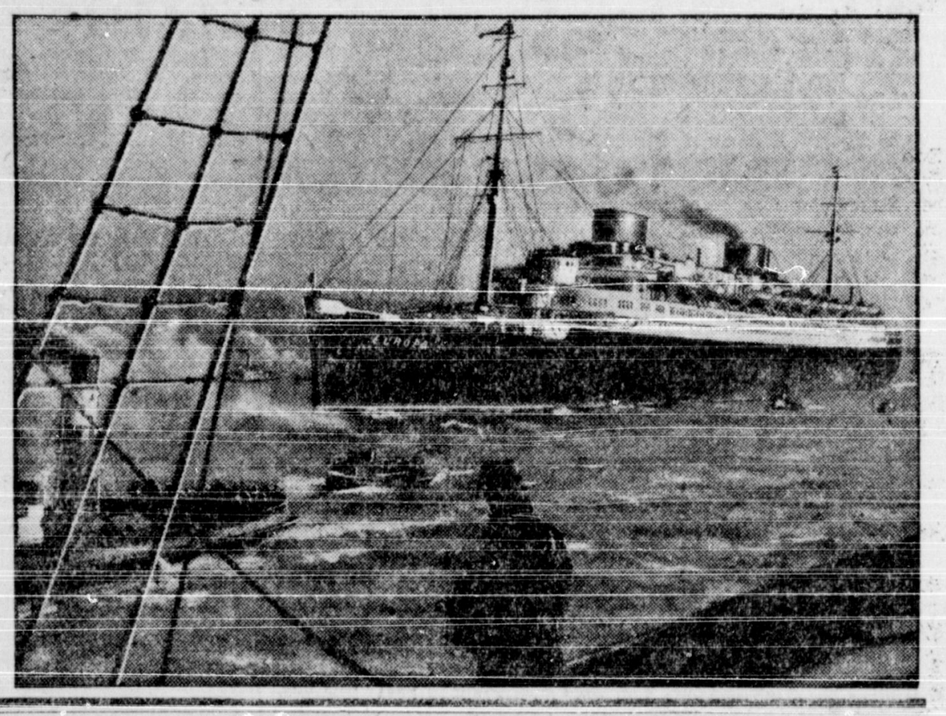
Paris, 24. Februar. (Drahtmeldung.) Wie der „Petit Parisien" meldet, werden ein Deutscher namens Paul Münsberg und ein Oesterreicher namens Stadtler, die am 18. Februar aus Grenoble ins Hochgebirge zu einer Skitour gefahren waren, seitdem vermißt.

Heimtückischer „Wein"

In Lyons (Nebraska) tranken in dem Glauben, Wein vor sich zu haben, fünf junge Leute eine Gefrierflüssigkeit für Autokühler. Sie sind sämtlich an Vergiftung gestorben.

Auffindung von Gefallenen aus dem Weltkrieg

Lille, 25. Februar. (Drahtmeldung.) In der Nähe des Bois d'Angres sind die Ueberreste von zwei Soldaten aufgefunden worden, die anscheinend während des Krieges verschüttet worden sind. Es handelt sich um einen deutschen und einen französischen Soldaten. Man bemüht sich, ihre Identität festzustellen.



Die erste Fahrt der „Europa".

Der Riesendampfer „Europa" hat seine erste Fahrt angetreten. Eine riesige Menschenmenge jubelte in ungeheurer Begeisterung dem Riesendampfer bei seiner Fahrt von Hamburg nach seinem Heimathafen „Bremerhaven" zu.



8) (Fortsetzung.)

Die Blicke der Mädchen waren feindselig und lauernd, hart und erbarmungslos. Was war das? Was wollten sie von ihr? Wußten sie etwas von der Heimlichkeit des gestrigen Erlebnisses? Mein Gott, und da kam auch schon der Inspizient mit kaltem Gesicht und bestellte dem Fräulein Reserl Blumnauer, es sollte in der Tanzpause einmal in die Garderobe der Miguella kommen, die ihr etwas zu sagen habe. Wieder dieses lauernde, rätselhafte Anstaunen der anderen Mädels. Nun war es klar. Man hatte sie aus der Garderobe der Diva herauskommen sehen und dieser die Geschichte gesteckt.

Eine Mutlosigkeit überkam plötzlich dies kleine Mädel angesichts der Gehässigkeit der Kolleginnen, denen sie niemals etwas getan hatte. Dann aber schwellte wieder das Glücksgefühl ihre Brust:

„Heut abend nach der Vorstellung wird sich ja alles entscheiden, dann werde ich wissen, ob ich die Miguella zu fürchten habe, oder ob sie mich auf den Knien bitten wird, ihr ihren Herrn Liebsten wiederzugeben. I geb ihn net wieder her!" dachte das kleine Revuemädel und seufzte dabei. Freilich, es würde ein schönes Stück Arbeit mit der falschen Katz da drüben geben. Und sorglos betrat sie die Garderobe der mächtigen Feindin, es galt ja, ihre Liebe zu verteidigen.

Die Miguella erwartete das arme, kleine Opfer mit bösen Blicken. Die Garderobentür schloß sich geräuschlos hinter der Kleinen, die da stand wie ein armer, verregneter Sperling. Aber als eine Flut von Schimpfworten auf das geängstigte Kind niederprasselte, als sie der Brutalität dieser Frau ausgeliefert war, und doch nur die Hälfte von all dem verstand, was an Worten wie Faustschläge auf sie niedersauste, da kamen ihr doch die Tränen.

Wo war der, der sie verteidigen konnte? Er, der der wütenden Frau sagen konnte, daß sie von ihm nichts mehr zu hoffen habe. Sie zitterte und duckte die zarten Schultern. Da traf ein Wort ihr Ohr, und immer nur wieder das eine Wort:

„Wo hast du ihn, den Ring mit dem kostbaren Stein? Gestohlen hast du ihn! Man wird die Polizei holen, wenn du ihn nicht sofort wieder herausgibst."

Reserl begriff nicht. Was wollte die von ihr? War es ein Diebstahl, daß sie von ihrem Herrn Liebsten ein paar unschuldige Busserl empfangen hatte? Was sollte dabei die Polizei tun? Und dann begriff sie doch, als die Miguella sie am Arm ergriff und sie schüttelte, als sei sie ein Bündel Lumpen, die man vom Staub befreien wolle. Weher als die brutalen Handgriffe der rasenden Frau waren diese gemeinen Worte, mit denen sie sie überschüttete. Und sie verstand nur das eine, daß ein Ring fehlte, ein kostbarer Ring! Niemand war in der Garderobe gewesen, wie sie. Sie war gesehen worden, als sie kurz vor der Rückkehr der Miguella von dem spanischen Tanz den Raum verließ. Die Chormädels hatten sie gesehen, als sie herausschlich mit einem gesenkten Kopf, als habe sie ein schlechtes Gewissen.

Das totgeängstigte Kind erschrak tief, als es daran dachte, wer den Ring genommen haben könnte, da sie selber sich frei von jeder Schuld fühlte, aber der zweite Gedanke war:

„Gott sei Dank, sie wissens net, daß er mit mir in der Garderoben gewesen ist. Ihn können sie net beschuldigen, wenn er's wirklich war."

Aber sie konnte den Gedanken nicht zu Ende denken, er, der strahlende Geliebte, ein gemeiner Dieb! Vielleicht wollte er der gehaßten Frau, die ihn quälte, einen Tort antun, um von ihr loszukommen. Nein, sie konnte ihn nicht verraten. Kein Wort kam aus ihrem Munde als Anklage gegen ihn, so sehr die andere sie auch schüttelte und quälte. Sie schwieg still und biß die Zähne zusammen. Sie hatte den Ring nicht. Auch dieser Moment würde vorübergehen, und sie konnte ihm nachher berichten, daß sie ihn gerettet habe vor der Wut dieser entsetzlichen Furie.

Da aber hörte sie weiter. Die Miguella drohte, sie und ihre sauberen Leute daheim von einem Polizeimann festnehmen zu lassen, wenn sie den Ring nicht wieder herbeischaffen würde, denn es sei ein teures Andenken. Sie stellte in Aussicht, das Mädelchen von einem Wachmann nach Hause bringen und dort Haussuchung halten zu lassen. Sie gäbe ihr bis zum nächsten Akt Zeit, sich das zu überlegen. Damit war sie entlassen und stand nun mutterseelenallein in dem Korridor, der zu den Garderoben der Choristinnen führte.

Da begriff sie auf einmal, wie entsetzlich das alles war, ging in das große Zimmer zurück, das nun völlig leer war, denn der neue Aufzug hatte bereits begonnen, und sie waren alle ohne sie auf die Bühne geeilt. Sie schluchzte herzzerbrechend. Hier gab es keine Gemeinschaft mehr, das hier war aus für heute und alle Zeiten. Sie konnte den Kolleginnen, die sie hämisch lächelnd als Diebin betrachteten, den Beweis ihrer Unschuld nicht erbringen, und sie konnte doch auch den nicht verraten, dem ihre ersten Küsse gehörten.

Von weitem hörte sie die aufreizende Musik, zu der auch sie getanzt hatte und gesprungen war. Wie lange war das her, daß sie mit all den anderen lachend und strahlend dort oben stand? Tagelang? Jahrelang?

Da überkam sie eine entsetzliche Furcht vor all dem, was sie nun erwarten würde. Sie riß sich die leuchtenden Fetzen vom Leibe, schlüpfte in blinder Hast in ihr dunkles Fledermauskleidchen, stülpte sich den grünen Filzhut auf den Kopf und rannte wie eine Besessene aus dem Haus, in dem sie einen Teil ihrer Jugend verbracht hatte. Niemand bemerkte ihr Fortgehen, der Theaterportier schlief hinter dem geschlossenen Fenster seiner Loge. Die Mädels waren auf der Bühne und die Miguella, die tobsüchtige Feindin, längst beim Umzug für die neue Szene.

So stand sie da vor dem hellerleuchteten Hause. Das Licht der großen Bogenlampen blendete sie, sie lief an den wartenden Autos vorbei quer über den Damm in die dunkle Gasse hinein, wo heute abend der Treffpunkt mit ihm sein sollte.

Wieviel hatte sie ihm zu sagen. Wie brannte ihm ihr kleines Herz entgegen, was hatte sie für ihn getan! Danken sollte er es ihr mit tausend Zärtlichkeiten. Und plötzlich war sie still und warm bei dem Gedanken, daß er ihr etwas zu danken habe. Aber es verstrich Viertelstunde um Viertelstunde, und der, den sie erwartete, kam nicht. Der hatte am gestrigen Abend im Klub den Ring verpfändet und mit dem dafür bekommenen Gelde groß gewonnen. Was gingen den die Wünsche und Sehnsüchte eines kleinen Tanzmädels an, die verliebt in ihn war. Morgen ging's mit dem Geld weit fort, weg von der Frau, die anfing, ihm lästig zu werden, neuen Abenteuern entgegen, in eine bunte, lachende Welt hinein, in der niemand von ihm wußte.

(Fortsetzung folgt.)

Triumph der Reaktion

Wie das Kabinett Chautemps fiel

Paris, 25. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Dienstag-Sitzung der Kammer begann in einer szenischen Aufmachung und mit einer politisch derart überhitzten Atmosphäre, wie sie Frankreich seit dem Tage des Kartells nicht mehr erlebt hat. Die Reaktion hatte im buchstäblichen Sinne des Wortes sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Hilfsmittel von der Anrufung des lieben Gottes durch das „Echo de Paris" bis zur Mobilisierung ihres halbwüchsigen Anhangs zu einer Straßendemonstration vor dem Palais Bourbon in die Wagschale geworfen. Es gilt, für die Rechte den Beweis zu erbringen, daß die Linksparteien in der gegenwärtigen Kammer nicht regierungsfähig sind. Die Sitzung begann um 3 Uhr nachmittags vor bis zum Bersten überfüllten Tribünen.

Als erster Minister betrat Briand den Saal. Kurz nach ihm hielt Chautemps, von seinen Ministern und Staatssekretären gefolgt, seinen Einzug. Der Beifall der Linken war warm, aber nicht übertrieben. Die Linke wollte offenbar jeden theatralischen Effekt vermeiden, wie es Chautemps selbst bei der Regierungserklärung tat, die rein durch ihren sachlichen Inhalt wirken sollte. Um so theatralischer wirkte der Einzug Tardieus, der einige Minuten nach dem Ministerium elastischen Schrittes in den Saal einmarschierte, von einem ohrenbetäubenden Beifallsgetöse der Rechten begrüßt.

Die Regierungsverhandlung befaßte sich zunächst mit den unmittelbaren aktuellen Aufgaben, die sich durch die einzelnen Konferenzen von London und Genf für die Regierung ergeben. Sie werde in London an den Prinzipien des letzten französischen Memorandums über die Flottenfrage und an den prinzipiellen Erklärungen, die ihre Vorgänger abgegeben haben, festhalten, sich jedoch bemühen, eine Einigung der Mächte über die Abrüstung der Seestreitkräfte herbeizuführen. Auf innenpolitischem Gebiet sei die dringendste technische Aufgabe die Erledigung des Budgets bis zum 31. März durch beide Kammern. Die Regierung werde, ohne das Gleichgewicht des Budgets in Frage zu stellen, alle berechtigten Forderungen über die Erhöhung der Beamtengehälter und Pensionen, über die Veteranenrenten der einstigen Kriegsteilnehmer zu erfüllen trachten. Sie werde alles tun, um die Wirtschaftslage des Landes zu befestigen und durch eine Politik der Steuererleichterungen die Krise der Landwirtschaft und Industrie zu beheben. Sie werde Mittel flüssig machen, um die geplanten Maßnahmen zur Hebung und Führung des Wirtschaftslebens durchzuführen und um besonders der schwergeprüften Landwirtschaft durch Kredithilfe beizustehen.

Der arbeitenden Klasse gegenüber übernehme die Regierung die feierliche Verpflichtung, das Gesetz über die Sozialversicherungen bis zum 1. Juli ins Leben treten zu lassen.

Das in Aussicht genommene Amnestiegesetz soll bald in Kraft treten. Schließlich betont Chautemps, daß die von der Linken seit Jahren betriebene Politik des Friedens, die nunmehr die einmütige Unterstützung der gesamten Nation gefunden habe, getreu den Prinzipien des Völkerbundpaktes und des Genfer Protokolls mit Energie und Vertrauen weiter verfolgt werden soll.

Als die nächsten Konsequenzen dieser Politik werde die Regierung in Kürze Gelegenheit haben, die beiden Kammern zur Ratifikation des Youngplans und des Gesetzes über den Beitritt Frankreichs zur obligatorischen Schiedsgerichtsklausel aufzufordern.

Die Linke nahm die Erklärungen Chautemps mit Beifall auf.

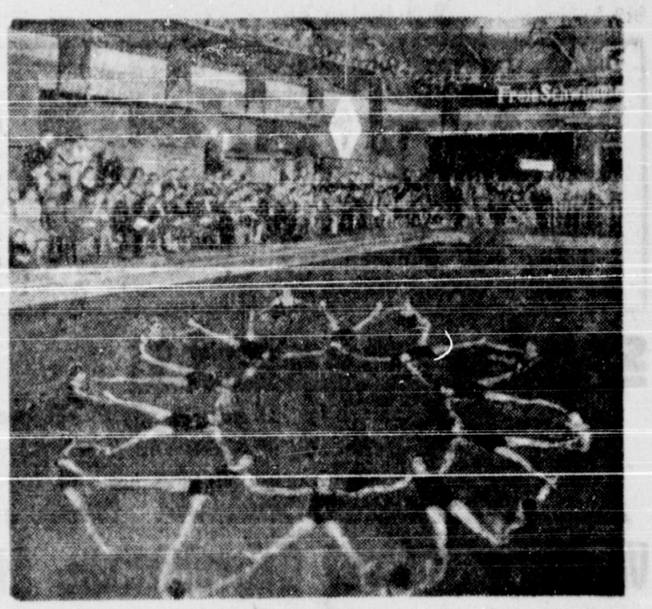
Als erster Debatteredner ergriff Renaux vom rechten Zentrum das Wort.

Gegen das Kabinett Chautemps wendet er ein, daß zwischen Sozialisten und Radikalen ein unüberbrückbarer Gegensatz in zahlreichen innen- und außenpolitischen Fragen bestehe. Die Abstimmung müsse eine klare innerpolitische Entscheidung bringen. Der Kommunist Cachin erklärte, die Regierung Tardieu sei von Anfang bis zum Ende Bluff gewesen. Die Kommunisten würden Chautemps aber auch bekämpfen. Der dritte Interpellant der reaktionären Abgeordneten Soulier verzichtet auf das Wort mit der Begründung, daß die Minuten der Kammer teuer, die der Regierung ohnehin gezählt seien. Abgeordneter Labroue von der Gruppe der radikalen Linken, die durch mehrere Minister und Unterstaatssekretäre in der Regierung vertreten werden, verurteilt die Haltung seiner Fraktionsgenossen, die von Chautemps Portefeuilles angenommen hätten, ohne von der Fraktion dazu bevollmächtigt gewesen zu sein.

Ministerpräsident Chautemps, der nach Labroue sofort die Tribüne besteigt, wendet sich gegen die Anschuldigungen, daß das Kabinett innere Widersprüche seines Programms aufweise. Auf außenpolitischem Gebiet sei er mit Briand vollkommen einig. Frankreich sei zu jedem Opfer bereit, würde aber nicht so weit gehen, seine eigene Sicherheit zu gefährden. Die Bezeichnung Neues Kartell müsse er für seine Regierung ablehnen, da er den Sozialisten gegenüber keinerlei Bindung eingegangen sei und sich mit ihnen überhaupt erst ins Einvernehmen gesetzt habe, nachdem sein Kabinett bereits fertiggestellt sei. Was die innerpolitischen Fragen angehe, die Sozialversicherung, das Recht auf den Streik, so habe seine Meinung nie geschwankt. Hinsichtlich der Finanzpolitik begnüge er sich vorläufig mit der Feststellung, daß seine Politik der des letzten Finanzministers gegenüber entgegengesetzt sei. Die Finanz- und Steuerpolitik des Landes, seine fiskalische Gesetzgebung müßten den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung angepaßt werden. Chautemps kennzeichnete dann die Doppelzüngigkeit der Rechtsparteien, die noch vor einigen Wochen den Sturz Tardieus als Verrat an den nationalen Interessen gebrandmarkt hätten, und jetzt alles daran setzten, das kaum ins Leben gerufene Kabinett, unbekümmert um alle innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, aus dem Sattel zu heben. Wenn man ihm vorwerfe, daß sein Programm dem seines Vorgängers fast aufs Haar gleiche, so liege die Schuld nicht an ihm, sondern an Tardieu, der erst vor wenigen Monaten auf der Tribüne der Kammer offen zugegeben habe, daß er den größten Teil seiner Reformvorschläge dem Programm der Linken entnommen habe. Leon Blum bestätigte Chautemps Erklärungen, daß sein Kabinett sich von dem früheren Kartellkabinett sehr wesentlich unterscheide und zwischen der bürgerlichen Linken und den Sozialisten diesmal keinerlei Beziehungen bestehen. Die sozialistische Fraktion könne sich weder mit der Doktrin noch mit dem Programm der neuen Regierung befreunden. Wenn sie sich trotzdem entschlossen habe, das Ministerium zu unterstützen, so sei dies geschehen,

weil der Sozialismus sich zur Pflicht gemacht habe, die Demokratie und die Republik zu verteidigen und niemals gefehlt habe, wenn sich die parlamentarischen Institutionen in Gefahr befänden. Chautemps habe durch seine Erklärung eine reinliche Scheidung der Minister herbeigeführt. Er habe sich unzweideutig zur Linken bekannt. Deshalb, um einem Kabinett der Reaktion den Weg zu versperren, stimme die sozialistische Fraktion für das Kabinett.

Damit ist die Debatte beendet. Bei der darauf folgenden Abstimmung bleibt das Kabinett Chautemps mit 15 Stimmen in der Minderheit. Für die Regierung stimmten 277 Abgeordnete, dagegen 292.



Großes Schwimmfest der „Freien Schwimmer" in Berlin. Am Sonntag veranstalteten die „Freien Schwimmer" in Berlin ein bundesoffenes Schwimmfest, das stark besucht war. Der Höhepunkt des Festes war der von 20 Frauen der Gruppe Lichtenberg geschwommene Kunstreigen, den wir im Bilde zeigen.

Haager Beschlüsse, Italienvertrag

im österreichischen Nationalrat einstimmig angenommen

Wien, 25. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der Nationalrat nahm am Dienstag das Haager Uebereinkommen und den Schiedsgerichts- und Freundschaftsvertrag mit Italien einstimmig an. Vor der Abstimmung erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Ellenbogen, daß seine Fraktion für den Vertrag mit Italien stimmen werde, weil sie alle Streitigkeiten durch internationale Schiedsgerichte beigelegt zu sehen wünsche. Immerhin sei der Sozialdemokratie eine Zustimmung möglich, weil der Vertrag Oesterreich nicht in die reaktionäre Staatenkombination einbezieht, an deren Spitze Italien heute steht. Eine solche Einbeziehung in die italienisch-ungarische Entente würde den Interessen und den Gefühlen des österreichischen Volkes widersprechen. Die Sozialdemokratie würde sie deshalb mit aller Kraft bekämpft haben. Die Abstimmung der Sozialdemokratie müsse aber auch noch in anderer Hinsicht gegen jede Mißdeutung geschützt werden. Die österreichische Sozialdemokratie sei und bleibe durch die starken Bande der Solidarität mit der italienischen Arbeiterschaft und der italienischen Demokratie verknüpft, die unter dem Joche des Faschismus schmachten. Die Sozialdemokratie werde nie darauf verzichten, das Gewissen der Welt gegen die Knebelung und Entnationalisierung der Deutschen in Südtirol wachzurufen. Wenn die Sozialdemokratie für das Prinzip stimme, daß alle internationalen Streitigkeiten nicht durch Gewalt, sondern durch Recht entschieden werden sollen, so gäbe sie sich jedoch keiner Täuschung darüber hin, daß die Gewalt in den Beziehungen zwischen den Völkern erst dann ausgemerzt werden können, wenn in jedem Lande der Welt nicht faschistische Gewalt, sondern demokratisches Recht herrsche.

Abgelehnt!

Demonstrationsgesuch gegen den Youngplan

Berlin, 25. Februar. (Drahtmeldung.) Der christlich-nationale Abgeordnete von Keudell hat heute den preußischen Staatssekretär Abegg aufgesucht, um ihm anläßlich der geplanten Kundgebung einer großen Anzahl von Jugendverbänden gegen Annahme des Youngplanes, zur Aufhebung des für Preußen bestehenden Demonstrationsverbotes zu veranlassen. Abegg hat dieser Anregung nicht entsprochen.

Kommunisten auf Munitionssuche

Berlin, 25. Februar. (Drahtmeldung.) Wie dem Lokal-Anzeiger aus Stolp gemeldet wird, wurden nachts in den Reichswehrschießständen die Fensterscheiben eingeworfen. Der Wachtposten gab zuerst drei Schreckschüsse ab und feuerte dann eine Leuchtkugel in die Luft, in deren Schein er mehrere junge Burschen in Stangenholz verschwinden sah. Ein Zug des Reiterregiments und eine Abteilung Schutzpolizei nahmen die Verfolgung auf. Sie konnten sieben junge Burschen verhaften, die der kommunistischen Partei angehören. Wie es heißt, hatten sie den Auftrag, Munition zu entwenden.

Schober an Reichskanzler Müller

Berlin, 25. Februar. Bundeskanzler Schober hat beim Ueberschreiten der reichsdeutschen Grenze an Reichskanzler Müller nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Beim Verlassen des reichsdeutschen Bodens danke ich Ihnen und Dr. Curtius auf das aufrichtigste und wärmste für Ihre herzliche Gastfreundschaft und für all das schöne und wertvolle, das diese unvergeßlichen Berliner Tage erfüllt hat. Zuversichtlich hoffe ich, Sie und den Herrn Reichsaußenminister recht bald in Wien begrüßen zu dürfen."

Bundeskanzler Dr. Schober ist Dienstag um 9,25 Uhr früh in Begleitung des Generalsekretärs für Auswärtige Angelegenheiten, Peter, und des Gesandten Junkar im Hauptbahnhof Wien wieder eingetroffen.

Spionageprozeß

Leipzig, 25. Februar. (Drahtmeldung.) Vor dem Reichsgericht begann heute ein umfangreicher Spionageprozeß gegen den 24jährigen Techniker Rudolf Große, dessen Bruder, den 21jährigen Techniker Erwin Große und den 43 Jahre alten Vertreter Willi Adamzik, sämtlich aus Berlin. Rudolf Große und Adamzik werden beschuldigt, geheim zu haltende Schriften und Zeichnungen zur Kenntnis einer anderen Macht gebracht zu haben und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet zu haben. Erwin Große wird der wissentlichen Beihilfe beschuldigt. Wegen Gefährdung der Staatssicherheit wurde die Oeffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung, die mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, ausgeschlossen.

Der italienisch-rumänische Handelsvertrag wurde Dienstag von Mussolini und dem rumänischen Finanzminister Madgearu unterzeichnet. Mussolini überreichte Madgearu den Großkordon des Ordens des Heiligen Mauritius und Lazarus.

Sechs Todesopfer

bei dem Fabrikbrand in Luton

London, 25. Februar. (Drahtmeldung) Bei dem bereits gemeldeten Brand in einer Hutfabrik in Luton (Bedfordshire) sind im ganzen sechs Personen in den Flammen umgekommen.

15 Einbrecher festgenommen

Essen, 25. Februar. (Drahtmeldung.) Schon seit längerer Zeit wurde das Münsterland von Einbrechern unsicher gemacht. So wurden in der letzten Zeit besonders Warenhäuser in Freckenhorst, Neu-Beckum und an anderen Orten heimgesucht. Nunmehr ist es, in Verbindung mit der Kriminalpolizei in Essen und in enger Fühlungnahme mit den örtlichen Polizeiverwaltung und Landjägereistationen in Recklinghausen, gelungen, 40 Einbruchsdiebstähle zu klären und 15 Einbrecher festzunehmen. In Dortmund und Essen fielen große Lager an Diebesgut in die Hände der Polizei. Nach 4 weiteren Einbrechern wird noch gefahndet. Die Festgenommenen stammen aus Gelsenkirchen-Buer, Bottrop, Essen, Dortmund und Luxemburg. Die Diebstähle sind regelmäßig unter Benutzung von Automobilen ausgeführt worden, mit denen sie die erbeuteten Sachen abtransportierten



Bernhard Shaw friert nicht

Englands großer Dichter bei seinem täglichen Winter-Spaziergang ohne Mantel.

Alle Tage macht der 72jährige englische Dichter Bernhard Shaw seinen Spaziergang. Ohne Mantel, wenn selbst der „Bobby" einen dicken Flausch trägt, geht er durch die Londoner Straßen, ebenso wie er sein tägliches Bad nimmt. Auf diese Weise will er so alt werden wie sein „Methusalem".

Für den Bücherfreund!

bieten wir jetzt die Gelegenheit, gute Bücher für wenig Geld zu kaufen. Wir wollen einige Titel unseres Lagers räumen und bieten sie zu ganz besonders ermäßigten Preisen an. Lieferung kann jedoch nur solange erfolgen, wie unsere Bestände reichen. Darum empfiehlt sich sofortige Bestellung.

Wir bieten an:

Sinclair, der Rekrut über Erziehung	statt	3.50	**nur 1.25 Mk.**
Roman von Speckmann, Ganzleinen	statt	5.00	**nur 3.50 Mk.**
Bonsels, Menschenwege (Roman)	statt	4.75	**nur 2.50 Mk.**
Kleine Dietzbücher, 5 Bände, Ganzleinen zus.	statt	10.00	**nur 5.00 Mk.**
Roman von Rosegger	statt	3.50	**nur 2.00 Mk.**
Halek, Kreuzweg des Lebens	statt	2.50	**nur 0.70 Mk.**
Bücherkreis, Roman, Ganzleinen	statt	4.80	**nur 3.00 Mk.**
Lehmann, Die Frauen aus dem alten Staden .	statt	1.80	**nur 0.50 Mk**
Roman von Wilhelm Raabe, Halbleinen	statt	4.50	**nur 3.00 Mk.**

Sonder-Angebot!

Obige Bücher, 13 Bände, als geschlossene Bibliothek auf Buchkarte für zusammen nur **21.— Mk.**, zahlbar in Raten von 1.50 Mk. alle 14 Tage. Die Raten kassiert der Zeitungsbote. Bestellungen sofort an:

Volksbuchhandlung Gelsenkirchen, Ringstr. 33

Bestellzettel:

Ich bestelle obige Bücher zum Vorzugspreise von 21.— Mk. auf Buchkarte. Die Raten in Höhen von 1.50 Mk. alle 14 Tage sollen durch Zeitungsboten kassiert werden.

Name ..... Beruf .....

Adresse .....

Kaufe ständig **Schlachtpferde**

Roßschlachterei **Kuhlmann** Gelsenkirchen, Schalker Straße 80 Telefon 27980 u. 22871 **Horst,** Hermannstraße 28

Lose Weine

vom Faß

Griech. Süßwein	0.95
Deutsch. Weißwein	0.95
Blutrot. Süßwein	1.05
Rotwein. herbe	1.05
Samos-Muscat	1.20
Malaga goldén	1.30

in

Forster's Weinstuben Weingroßhandlung Leopoldstraße 24

Felle - Pelze

gerbt, färbt, veredelt, blendet, modernisiert **Neupelze** eigen. Fabrikat. Fellzurichterei - Gerberei Färberei - Kürschnerei **Berthold Elke,** Hochstraße 38.

Sämtl. Bücher

liefert

Volksbuchhdlg. Gelsenkirchen-Buer

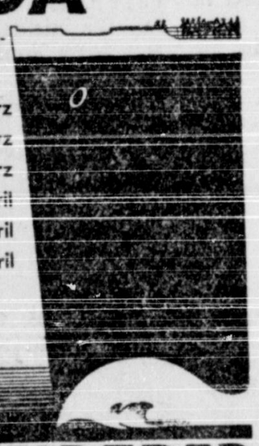
HAMBURG-AMERIKA LINIE

VON HAMBURG DIREKT NACH

KANADA

NÄCHSTE PASSAGIER-ABFAHRTEN:

D. „Westphalia" 6. März
D. „Cleveland" . 12. März
M.S. „St. Louis" . 28. März
M.S. „Milwaukee" 4. April
D. „Cleveland" . 16. April
M.S. „St. Louis" . 29. April



AUSWANDERER

BELIEBEN SICH WEGEN ALLER EINZELHEITEN ZU WENDEN AN: HAMBURG-AMERIKA LINIE, HAMBURG 1, ALSTERDAMM 25

Gelsenkirchen, Rudolf Burgmer, Hauptgeschäft: Borkumer Straße 20.
Zweigstelle: Buer, Goldbergstraße 2.

Nur Florastraße 4

an der Wiese (dem Gaswerk gegenüber) ist die Verkaufsstelle der echten, rühmlichst bekannten Kampmanns Waschmaschinen, Wringer, Mangelmaschinen, Wassermotore und Elektromotormaschinen. Nirgendwo kaufen Sie billiger. Bis 10 Monate Ziel und länger. 30jährige Erfahrung. Fachmännische Bedienung. Eigene Filialen an vielen Plätzen.



Waschmaschinen!

Bei Kauf einer Waschmaschine, Wassermotor, Wringer, Mangel usw. besichtigen Sie bitte mein reichhaltiges Lager. Zahlungserleichterung. Bis 10 Monate Ziel und länger. Spezialität: Erstklassige Fabrikate weltberühmter Firmen, wie Cordes, Schaebe, Miele usw. Kennen Sie schon die neue, glänzend bewährte Fortschritt-Waschmaschine? Nein, dann lassen Sie sich selbige im Spezialgesch., in der **Waschmaschinen-Zentrale, Gelsenkirchen Alter Markt 2** neben dem Genesius-Lustspielhaus und **Buer, Essenerstraße 33,** ganz unverbindlich vorführen.

Serien-Tage

Jetzt kann sparen, wer sparen will, unsere Serien-Tage bieten jedem Gelegenheit dazu

2 Stück Handtücher	gesäumt u. gebändert, ganz enorm billig	**50 Pfg.**
Spitzendecken	oval, □ und Läufer . . . . . Stück	
Hemdenpassen	Klöppelkombinationen . . . . . 5 Stück	
Hemdenpassen	aus starkem Feston . . . . . 3 Stück	
Mädchen-Schlüpfer	angerauht, in allen Farben	
2 Kakteentöpfe	mit bunten Bändern zusammen	
1 Kuchenteller	Preßglas-Schleudersiern	
1 Roßhaar-Handfeger	mit gelblackiertem Holz	
1 Satz Glasschüsseln	4teilig, Schleudernstern	
1 Aluminium-Kochtopf	mit Deckel, 18 cm, unbordiert . .	**95 Pfg.**
1 Satz Glasschlüsseln	Schleudersiern	
Damen-Handschuhe	Trikot, mit warmer Fütterung . . Paar	
Damen-Strümpfe	m. kl. n. Schönheitsfehl., Waschseide P. 1.95	
Ein Posten Herren-Kragen	Stehumlege- u. Eckenform . . 3 Stück	
	Mit moderner, langer, spitzer Ecke, Mako 4fach . . . . . 2 Stück	
1 Tischschoner	72 cm lang, rot gemustert	
2 Meter Wäschetuch	80 cm breit, bekannt gute Qualitäten .	
Damen-Hemden	solide Qualität, mit Träger od. Schulterschluß	
Strumpfhaltergürtel	m. Schnalle od. Knopf u. 4 seid. Strumpfh.	
Gestreifte Buckskin-Hosen	. . . . .	**1.95**
Damenschürzen	in weiß oder farbig	
Madras-Garnituren	3teilig, echtfarbig	
1 Aluminium-Flötenkessel	2 Liter Inhalt	
1 Kaffeemühle	mit vernickeltem Trichter, 5 Jahre Garantie	
1 „Wundermop"	gebrauchsfertig, mit Dose und Stiel . .	
Damen-Filzhüte	mit Bandgarnitur, marine und schwarz	
Damenstrümpfe	Flor mit Seide, plattiert, Ferse, Sohle, Spitze, 4fach, in allen Farben	
Damen-Prinzeßröcke	mit kunsts. Decke, große Farbenausw.	
2 Meter Gittertüll	150 cm breit	**2.95**
1 Stück Bettuch	125/225 cm, Ia. Haustuch, sehr preiswert	
6 Speiseteller	echtes Porzellan, mit Goldband, feston. . .	
1 Blumenschale	„Kristall-Iris", flache mod. Form, 28 cm	
1 Vogelkäfig	fein verzinnt, groß, mit 4 geätzten Scheiben	
1 Meter Crêpe de Chine	reine Seide, mit kleinen Schönheitsfehlern, in allen modernen Farben, ca. 100 cm breit . . .	
Filzhüte	mit Crénolborde, schwarz, marine . . . . . Stück	
Trikot-Unterrock	Volants, oben u. unten Spitze . . . Meter	
Kinder-Kleider	Trikots mit lang. Arm und Kragen, bis Größe 65, reizende Modearten	
Seidenhut	mit Reiher und Crinolborde	**3.95**
Damen-Pullover	Blusenform, teils mit Gürtel, in bekannt guten Qualitäten	
Damen-Schirm	12-teilig, Halbseide, durchgestreift, mit klein. Webefehlern, Cell.-Griff	
1 Meter Crêpe de Chine-Druck	geschmackv. Dessins reine Seide	
1 Meter Mantelstoff	Frühj.-Neuh., engl. Art, ca. 140 cm br.	
1 Filet-Stores	mit hohem Fuß	
Bettbezug	Ia. Krettonne, enorm billig	
1 Kaffee-Geschirr	echt Porzellan, prima, mit Goldband . .	
1 Putzschrank	eiche lackiert, mit 3 Schubladen	

Alsberg

Gelsenkirchen Akt. Ges.

Inserieren bringt Gewinn.

Westfälische Asphalt-Gesellschaft m. b. H.

Telefon 224 76 — Gelsenkirchen — Ringstraße 38



Auf zum Karneval 1930!

Sonntag, den 2. März, ab 6 Uhr in der Ausstellungshalle, am Wildenbruch

Großer Volkskarneval

Motto: „Gelsenkirchen im Jahre 2000"

Jubel u. Trubel wie im vergangenen Jahre!

2 Kapellen ■ Die kommende Flotte Gelsenkirchens auf dem Berger See

Eintrittskarten: Im **Vorverkauf** bei allen Führern des Reichsbanners **80 Pfg.,** an der **Kasse 1.— Mark.** Erwerbslose Kameraden erhalten für sich und einen Angehörigen Vorzugskarten zum Preise von 50 Pfg. pro Karte auf der Geschäftsstelle, Königstraße 5.

Bringt Freunde und Bekannte mit!